INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 175

3. OKT. 1977 erscheint wöchentlich 4. jhg brd 0.70 wb 0.50 dm

GUTEN MORGEN

87 : Braunschweig Blatt

Stadtzeitung für München

s' fräche blatt

d' Zütig für s' andere Züri

Uchtelberger Lokalblatt

Kupperdollinger

MÜNSTERANER GENERALANZWEIFLER

wie schön!

Organ der TÜBINGER Linkssradikalen

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN

Stadtzeitung für Freiburg

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten

CARLO'S BRENN & schöner Wohnen

Blättle

Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung

tage zeichen

Stadtzeitung für Hannover

Neue Seeblätter.

Die Seeblätter, erschienen von 1830–1840 in Hamburg, dem „verrückten Jahrhundert". Herausgeber war Julius Stettin, der mit der Zeitung ein wichtiges Verständigungs- und Verbindungsorgan der Naturalismusfreunde um Friedrich Hecker und Amalie und Gustav Struve schuf. Die Seeblätter wurden, wie alles in den spießigen Jahren, immer wieder verboten und von der Zensur hart angegriffen. Ihre Herausgeber mußten vor Zeiten auch alle Formen von Freiheitsentzug kennenlernen und schließlich fliehen.

F.A.Z. S. 3221

Kriminelle Einzelgänger ohne einen politischen Kopf

Die Untergrundzeitung „MOB" klagt über die Resignation unter Linksextremisten / Die „Militanzfrage"

Die neue Untergrundzeitschrift „MOB", von deren erster Ausgabe jetzt 80 Exemplare bei dem Stuttgarter Sozius des nach Frankreich entwichenen Rechtsanwalts Croissant gefunden wurden, will die Diskussion über den bewaffneten Kampf von Linksextremisten in der Bundesrepublik wiederaufnehmen. Sie stellt allenthalben Resignation fest und erklärt die Notwendigkeit ihrer Existenz mit dem — aus der Sicht ihrer Autoren beklagenswerten — Umstand, daß es sonst kein „offenes Forum" mehr für die Diskussion der „Militanzfrage" gebe. „MOB" stellt sich als „Frankfurter Zeitung" vor. Die Zeitung soll „darstellen, was an Gruppen, Aktionen und Auseinandersetzungen in Frankfurt läuft".

Den „Brief aus Frankfurt über Frankfurt" — so der Untertitel des Beitrags, den wir abdrucken — kennzeichnet die Resignation vieler Linksextremisten — sie wird von den Militanten kritisiert und dokumentiert zugleich die Wut, mit der die Terroristen dieser Haltung gegenüberstehen. Der Brief läßt keine Schlüsse zu über das Maß konkreter Gefährdung, das von den Autoren der Zeitschrift oder von ihren Lesern ausgeht. Terroristische Anschläge werden immer von einzelnen ausgeführt, und der Grad an Übereinstimmung, den sie dabei mit anderen zu haben vermuten, ist ohnehin illusionär, gleich, ob man wähnt, Rückhalt bei den „arbeitenden Massen", bei den „unterdrückten und beleigigten Völkern" in der dritten Welt oder auch nur bei den Genossen in der „Szene" zu finden.

Der Brief gibt indes einen Eindruck von der Kamikaze-Haltung, dem selbstzerstörerischen Pathos, das die Terroristen derzeit charakterisiert. Das macht sie nicht ungefährlicher. Das läßt auch nicht hoffen, sie würden in der Zukunft weniger Zulauf haben. Aber vielleicht lassen sich Anhaltspunkte für die Strategie gewinnen, mit der man dem Linksextremismus politisch begegnet.

Erkennbar ist, daß seit dem Tod von Ulrike Meinhof, seit der Absage von Horst Mahler an die „Rote Armee Fraktion" den Terroristen der Kopf fehlt, der imstande wäre, den propagierten bewaffneten Kampf und die beanspruchte politische Theorie überzeugend zusammenzubringen. Die nach wie vor auf die Revolution verschworene extreme Linke steht offensichtlich vor dem Dilemma, daß das, was sie mit „direkter Aktion" meint (und irgendwann einmal in die Tat umsetzen will), gegenwärtig von der Praxis der RAF okkupiert ist. Bei deren Führern, etwa Baader, Haag oder wer sonst noch, erkennt niemand eine theoretische Legitimation.

Die Terroristen bemerken offensichtlich, daß ihre Selbstisolierung in der extremen Linken sie selbst dort dem Status näher bringt, den sie nicht akzeptieren wollen: dem Status des Kriminellen. Ihre Behaptung, „revolutionäre Politik" sei nach den Begriffen einer bürgerlichen Gesellschaft immer kriminell, und der Titel „Krimineller" verliere deshalb seine Signifikanz dort, wo es um die „Stadtguerilla" gehe, ist nur eine Ausrede. Die Terroristen fürchten die Kriminalisierung in der extremen Linken: dieses belegt der Brief deutlich.

Diese Furcht aber muß in der politischen Strategie gegenüber dem Terrorismus berücksichtigt werden. Sie weist auf eine Situation, in der „Diskussionsbeiträge" und „Resolutionen", wie sie von Professoren an einigen Universitäten verfertigt werden, eine fatale Rolle — mit ihrem oder gegen ihren Willen — erhalten. Solche Diskussionen, Stellungnahmen oder wie auch immer objektivierte Legitimationsmodelle, Verständnishilfen von subjektiver Verranntheit, helfen die Kluft schließen zwischen dem theoretischen Linksextremismus einerseits und dem aktiven Terrorismus andererseits. Es ist vorab die Frage, ob über Terror diskutiert werden muß oder nicht, es geht nicht darum, ob man dann in der Diskussion selbst den Terror ablehnt. Denn das Stattfinden solcher Diskussion enthält logischerweise das Angebot, sich solcher Ablehnung am Ende doch nicht anzuschließen, weil man andere, in der Diskussion sichtbar gewordene Überlegungen überzeugender fand.

„MOB" deutet an, daß die Terroristen anfangen zu begreifen, daß sie in jeder Hinsicht Einzelgänger sind, ohne Bindungen an irgend etwas, was das Attribut „politisch" beanspruchen kann. Bei diesem Lernprozeß sollten sie nicht aufgehalten werden. (F.A.Z.)

„Brief aus Frankfurt über Frankfurt"

Es war einmal: eine Stadt, in der „der Alphalt nicht kalt" wurde. Es war einmal: eine Linke, die es fertigbrachte, fünf-, sechstausend Leute auf die Straße zu bringen. Es war einmal: Stadtteilarbeit, Betriebsarbeit, spektakuläre Aktionen, mehr als nur Ansätze zur Massenmilitanz.

Die Stadt ist Frankfurt. Die Zeiten sind vorbei. Und aus den Trümmern dieser Politik wächst Verhängnisvolles. Da wuchern wie Unkraut Resignation, Isolation, Rückzug. Und Schlimmeres: In dieser Stadt, in dieser Szene ist das Mißtrauen groß geworden. Den Mund aufzumachen wird immer gefährlicher. Denn wer beim Häuserkampf oder bei der Spanien-Demo noch neben dir gestanden hat, mit dir gefightet hat, kann heute oder morgen schon dein Verräter sein.

Nun mach mal halblang, sagt ihr. Aber ich sage euch, es ist so, und ich will auch versuchen, zu beschreiben, warum das so ist.

Ihr kennt die Frankfurter Geschichte seit 68. Genug Stoff für 10 Doppelalben von Ton, Steinen, Scherben. Wißt ihr noch: 74, als die BILD „Bürgerkrieg" schrie? Das war weder Buxtehude noch Bad Tölz, das war Frankfurt. Das war so wegen einer starken Sponti-Linken, spontihaft genug, um an die Kämpfe mit Phantasie heranzugehen, organisiert genug, um sich nicht einmachen zu lassen.

Es gab vor allem den „revolutionären Kampf", Genossinnen und Genossen, die etwas gelernt hatten aus den Jahren 67—69, aus Italien, Griechenland, Spanien, Chile ..., die begriffen, daß das, was sich da vor ihnen aufbaute, ein NEUER FASCHISMUS ist, die nicht stillhalten wollten, nicht nur passiv abZu allem gibt's hier in Frankfurt den Senf, nur nicht dazu. Kein Wort darüber, warum der RK auseinandergebrochen ist, keine Selbstkritik. Wenn heute über die alten Zeiten geredet wird, dann wird gesagt: Wir sind zu militant gewesen, wir sind zu mutig und zu frech gewesen, wir haben fälschlicherweise an die Revolution geglaubt. Es wird also genau das weggeätzt, was die Stärke der Bewegung ausgemacht hat. Und diese „Kritik" gilt auch immer nur den Militanten, den noch immer und trotzdem Frechen, als Vorwurf.

Ich kann nicht alle Gründe aufzählen, die zum Zusammenbruch der revolutionären Linken in dieser Stadt geführt haben. Einer davon ist die Zermürbung, die viele in den Betrieben erfahren haben. Manch einer hat sein Studium abgebrochen und ist malochen gegangen, hat geglaubt, die „Basis" mobilisieren zu können, und ist jeden Abend abgeschlafft nach Hause gekommen, von der Arbeit ausgelaugt wie jeder andere Prolli, ohne Illusionen, nachdem die Arbeitskämpfe zum x-ten Mal zerschlagen wurden.

Die Sponti-Linke aber wurde entscheidend von sich selbst geschlagen, am grünen Tisch gewissermaßen — eine Hinterzimmer-Kapitulation. Es hat sich gezeigt, daß die Bewegung eben doch nicht so undogmatisch, so spontaneistisch war, wie sie es von sich behauptete. Die Bewegung hatte ihre verhängnisvollen Symbole. Wenn Danny oder Joschka riefen, kamen Hunderte, Tausende. Als sie nicht mehr riefen, kam keiner mehr.

Die Auslöser waren das Erschrecken vor der eigenen Stärke — und das Erschrecken auch vor der Gewalt des Staates. Zu verstehen ist das nur vor neralkonsulat, mit gestörtem Polizeifunk und Mollies, war ein Sieg, den ein — und ich glaube: nur ein kleiner — Teil der Genossen nicht verkraftete.

Ich will hier nicht abfällig über Angst reden: wir haben sie, und ohne sie wär's unheimlich. Aber hier wurde die Angst bekämpft, indem die Politik in ihr Gegenteil verkehrt wurde. Das zeigte sich deutlich nach der Demo zu Ulrikes Ermordung. Wir hatten alle Angst angesichts des Massenaufgebots von Bullen, der faschistoiden Haltung großer Teile der Bevölkerung. An diesem Tag entschied sich das Schicksal der Frankfurter Sponti-Linken, weil die Auseinandersetzungen härter waren als jemals zuvor. Diesmal wurden von den Bullen selbst unbeteiligte Kinder zusammengeknüppelt — und diesmal flogen Mollies, denn einige von uns hatten aus ihrer Wut über den Mord und ihrer Angst, die sie genügend vorsichtig gemacht hatte, Waffen gemacht. Als wir uns nach Stunden aus der City zurückzogen, habe ich keine(n) einzige(n) getroffen, der/die diesen Tag nicht als einen Sieg verbuchte. Nicht eine(n) einzige(n).

Es folgte der große Rundschlag der Bullen: Genossinnen und Genossen, unter ihnen Gerhard Strecker und Gisela Ickler, wurden verhaftet unter dem Vorwurf des versuchten Mordes. Und plötzlich stand alles kopf. Die Eingeknasteten, verpfiffen von einem der Ihren, konnten sich einer großangelegten Solidaritätskampagne erfreuen. Sie kamen schließlich auch frei. Doch erstens war dies keine Solidarität. Sie galt nämlich Unschuldigen. Die Mollies selber wurden verurteilt, ihre unbekannten Werfer quasi exkommuniziert.

Auf die Frage, welche Hilfe „Schuldige" erwarten könnten, wurde nie einge-

S. 3222

ducken vor den Schlägen.

Sie gingen in die Betriebe, nach Opel in Rüsselsheim zum Beispiel, sie gingen in die Stadtteile, sie gingen auf die Straße. Sie haben überall ihre Niederlagen erlebt.

Klar, wer hatte auch schon triumphale Siege erwartet? Allerdings: Aus Niederlagen müssen wir eben lernen, verhindern, daß sie sich wiederholen, daß sie zu katastrophalen werden — und es beim nächsten Mal besser machen.

Das ist nicht geschehen. Über den Tod dieser Linken wird nicht geredet. dem Hintergrund des bewaffneten Kampfes in der BRD. Die Vernichtungsjagd auf die Militanten, die Kriminalisierung von allem, was sich nur irgendwie in die veröffentlichte Meinung als Sympathisanten einbringen ließ, hat die Frankfurter Sponti-Szene — jedenfalls, was ihren Überbau betrifft — so gut wie kampflos in die Hände der Reaktion fallen lassen.

Das Ende kam, als Teile der Frankfurter Linken, ein Jahr vor Bologna, Italien auf die Straßen zauberten: der Angriff auf das spanische Gegangen. Unter dem Unheil, dem erlebten und befürchteten, duckte sich die Szene ab, indem sie der Gegengewalt abschwor. Und so glaubte man auch, die Beschuldigten durch das Geständnis allgemeiner Harmlosigkeit freibekommen zu haben — statt zu begreifen, daß der Staat nicht davor zurückschreckt, auch Unschuldige hinter Gitter zu bringen. Die Verhafteten wurden freigelassen, weil das politische Ziel der Repressionsmanager erreicht war. Die Entlassungsfeiern wurden deshalb Feten der politischen Unschuld.

„Das macht Angst, und das macht Wut"

Noch bis heute wurde nichts begriffen. Gisela kann weiter sagen, sie habe an der Demo nicht teilgenommen — und zwar, weil sie die Demo für falsch hielt. Nicht nur das. Die Distanzierung hat größere Dimensionen angenommen. Da erklären Frauen, die bloße Ermordung Ulrikes sei für sie kein Anlaß gewesen — sie hätte schon vergewaltigt werden müssen, um posthum Solidarität zu empfangen. Da wird gesagt, beim nächsten Mal würden sich keine freiwilligen Entlastungszeugen mehr melden, um den Bullen keinen Einblick in die Szene mehr zu gewähren — gerade so, als ob dies eine Sache der Wahrheitsfindung in der Klassenjustiz wäre und nicht etwa ein Problem der Organisation der Linken und also der Köpfe derer, die bei den Bullen mehr sagen als unbedingt nötig, und derer, die immer wieder Spitzeln die Tür weit öffnen. Und schließlich wird die ganze Militanz auf der Ebene von kranker Psyche abgehandelt: wer sich mit den Bullen auseinandersetzt, kriegt einen Bullenkopf, Knüppel und Mollies (und Knarren natürlich auch: hier sind sich BILD und Belz völlig einig) sind nichts weiter als phallische Symbole. Die Frankfurter Spontis, dominiert von Männern, haben ihren Beitrag zur Emanzipation gefunden. In den Genossenkneipen läuft die alte Chose ab — nur auf der Straße bleiben die so entdeckten Schwänze eingepackt.

Viele hat's fast umgehauen, als dann auf dem Pfingstkongreß 76 die neue Parteilinie verkündet wurde. Die eigene militante Geschichte und ihre aktuellen Schwierigkeiten, also vor allem auch das Mißverhältnis zwischen militanter Aktion und Organisation in Frankfurt, war kein Thema mehr. Diese Geschichte wurde ausgelöscht, indem die Kritik stellvertretend übersprang auf den bewaffneten Kampf. Mit der Pfingstrede Joschka Fischers, dem Aufruf an die Militanten, „die Knarren wegzuschmeißen", war jede Form von Militanz, auch die vorhandene aus den eigenen Reihen, von jetzt an gnadenlos diffamiert.

Von jetzt an wurde stürmisch und pausenlos der Widerstand zum Hauptfeind erklärt. Da gab's die ersten roten Köpfe, wenn Genossen erklärt wurde, man wisse ja genau, daß sie die Mollies geschmissen hätten. Da wurden die ersten Leute aus dem Raum gewiesen, weil sie angeblich Sympathisanten seien. Da fing jeder an, sich vor dem anderen in acht zu nehmen — die einen, weil sie nicht mit „so einem" oder „so einer" in Zusammenhang gebracht werden wollten, die anderen, weil sie nicht wußten, ob ihre Worte nicht gegen sie verwendet werden konnten.

Keine Veranstaltung lief mehr ab, auf der nicht irgendwann mal (und oft genug peinlich zusammenhanglos, wobei die Regie spürbar wurde) die Militanten angegriffen wurden — widerspruchslos natürlich, weil keiner den Mund aufzumachen wagt.

Die, die davon reden, daß der Kampf gegen die Bullen neue Bullen schafft, die also diesen Kampf aufgegeben haben, sind die schärfsten Bullen geworden. Trotzdem — oder gerade deswegen. Die Schnüffelei hat sich perfektioniert — und sie funktioniert: als einige Genossen aus dem JUZ Varrentrappstr. gegen die Parteilinie aufmuckten, bekamen sie ein Flugblatt um die Ohren geschlagen, dessen Inhalt schlicht denunziatorisch war. Das BKA folgte der Aufforderung, machte das Zentrum kurz darauf fast dem Erdboden gleich und knastete ein paar Leute ein.

Das macht Angst, und das macht Wut. Der bisherige Gipfel. Eifrige Genossen haben sich eine Kartei angelegt, in der jeder verzeichnet ist, der irgendwann mal ein militantes Glitzern in den Augen hatte. Bisher haben sich darin schon rund 150 Namen von Genossinnen und Genossen angesammelt, teilweise von den — zumindest einst — besten Freunden.

Die Hilfs-Bubacks drohen damit, diese Leute „hochgehen" zu lassen, etwa wenn Jochen Klein-Klein etwas zustößt. Ihr müßt euch das mal vorstellen: Wo hat's so was schon mal gegeben außer in der langen Ost-Tradition und heuer in der SPD?

Du kannst das Heulen kriegen, wenn du siehst, was statt dessen an „Politik" abläuft. Die Landsucht hat längst massiv eingesetzt, bis nach Nepal verziehen sich die Frankfurter inzwischen wieder.

Die alternativen Projekte schießen aus dem Boden — fast nur Reproduktionsstätten: „Häuschen", Kino, Kneipe, Theater. Alles schön und gut, aber wenn's nichts mehr als nur das ist? Die linken Betriebe, soweit sie bestehen, sind auch nicht weniger kapitalistisch als der Kaufhof — nur schlechter. Und die linken Blätter, alle fest in der Hand der Anti-Militanten, wirken — zum Beispiel gegen die alte „Wir wollen alles" — wie Spielwiesen von wegen Unfähigkeit entlassenen „Mad"-Redakteuren. Überhaupt die Druckerfarben-Mafia: In Personalunion oft mit den Alternativ-Projekten beherrschen sie den ganzen Sponti-Blätterwald, entweder materiell oder zumindest ideell.

Ganz schön deprimierend. Aber noch ist nichts verloren. Ich weiß, daß vielen, vielen Genossinnen und Genossen noch nicht die Köpfe vollgeschissen worden sind. Ich weiß, daß sich Widerstand regt gegen die Rückzugspropheten. Daß viele nicht erst wieder anfangen wollen zu kämpfen, „wenn auch Militärs mitmachen" (!). Daß viele gar nicht erst aufgehört haben zu kämpfen. Und einer ganzen Masse von Leuten sind die Augen geöffnet worden: der „Pflasterstrand" wurde nach dem Start seiner Denunziationskampagne von so vielen mit wütenden Briefen derart eingedeckt, daß Cohn und Co. ihre Aufforderung, jetzt müsse die Diskussion über Militanz offen geführt werden, schleunigst wieder zurückzogen, Kindergärtners Privatarmee hat erst mal die Hosen gestrichen voll!

Wir dürfen nicht aufhören zu lernen. Von Italien etwa, wo uns gezeigt wird, daß zum Stadt-Indianer mehr gehört als nur bunte Farbe im Gesicht und wildes Geheul. Und wir müssen uns zwangsläufig von denen trennen, die sich von uns längst getrennt haben.

Dies ist kein Spiel.
Dies ist bitterer Ernst.

Es sind nur wenige, die uns verraten haben und — noch schlimmer — verraten wollen.

Und sie sind gefährlich.

Aber wenn wir uns besinnen, werden wir sie aus ihren Polstersesseln werfen. Und darunter das Pflaster finden. Und darunter den Strand.

Keine Macht für JEMAND!
Ein Frankfurter Genosse

Am 30. August wurde der ID und der Druckladen, in dem der ID gedruckt wird, durchsucht. Im „Pflasterstrand" steht geschrieben:

So einige Minuten vor 16.00 Uhr trafen mehrere (3 – 4) Mannschaftswagen mit Grün- bzw. Khakiuniformierten der Bereitschaftsjugend bewaffnet mit der Uzi (MP) vor dem Grundstück ein. Ihnen folgten in der ihnen eigenen saloppen Kleidung Beamte des BKA (Bundeskriminalamt) Abt. TE (Terrorismus) Bonn–Bad Godesberg und des LKA (Landeskripo) Wiesbaden in vornehmlich neutralen BMW-Karossen. Es waren sicher etliche mehr als 10. Einsatzleiter Oppermann stellte zwei MP-Bewaffnete vor ein Tor, zwei mitsamt VW-Bus vor das zweite, zwei vor den Druckladen, zwei vor den ID und zwei ins Treppenhaus vor dem Aufgang zum 2. Stock. Man betrat die Räume des ID, wies einen Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichtes Ffm. vor, um Nr. 172/173 (8. April 77) mitzunehmen, weil auswärtige Richter beleidigt worden seien. Von allen Anwesenden wurden Personalien aufgenommen, der entsprechende ID gefunden. Als ein Anwesender unruhig wurde, da so viele UZIS und 9mm Pistolen rumblitzten und er meinte, die Uniformierten müssten raus, schickte man diese auch raus.

„Haben sie nicht noch irgendwo weitere Nummern? Vielleicht da?" Man zeigte mit dem Finger auf ein Regal, „oder da?", zeigte auf ein anderes. „Nein!" So war der Ton. Einige Zivile betraten ein benachbartes Büro, sahen kurz hinein – große Unordnung – drehten sich um, gingen wieder hinaus. So etwa bis 16.30 Uhr.

Dann verlangte man Eintritt in die Räume der Druckladen GmbH, die jedoch verschlossen waren. Als der Schlüssel nicht da war, wollten die Polizisten die Tür eintreten, warteten aber doch, bis

sich ein Schlüssel fand. Hier durfte nun kein „Gast" mehr rein. Anwesend waren jetzt ein Anwalt, ein Zeuge und ein Gesellschafter der GmbH. Der Ton blieb sachlich aber bestimmt. „Wenn hier einer kritisiert, machen wir sofort von der Festnahme Gebrauch." (Einsatzleiter) Bald stellte sich heraus, daß der Geschäftsführer nicht aufzutreiben war, einige Beamte gingen zu seiner Wohnung, klingelten – nichts – gingen wieder weg.

Wahrenddessen begann die systematische Durchsuchung. Jetzt liefen allerdings wieder einige Uniformierte mit ihren MPs rum und „halfen suchen." Vorzuweisen hatte man eine Anweisung des Bundesanwalts Dr. Kruger (Karlsruhe) auf Durchsuchung nach dem MOB – Frankfurter Zeitung 1 mit der Begrundung „Gefahr im Verzug!". Die nächsten sechs Stunden (bis ca. 23.00 Uhr) vergingen jetzt mit der systematischsten, gründlichsten Durchsuchung der letzten Zeit in Ffm. Jede Akte, jede Schublade, jeder Kasten, jeder Mulleimer, jeder qcm Fußboden wurde abgesucht.

Mitgenommen wurden dann das Telefonverzeichnis, Auftragsbucher, Filme, Matritzen, Geschäftsordner, Personalunterlagen, Privatpapiere (z.B. Urlaubspostkarten), Zeitungen, Belegexemplare, Farbband der Schreibmaschine, Schreibmaschinenprobe, Papier und Filmabfall, Schlüssel, Notizzettel. Aus dem Lager wurde von jeder Papiersorte eine Probe entnommen. Einige Kasten Leergut mitsamt Kästen (Bier, Safte) gingen mit. Eine Grundskizze mit Standort von Arbeitstischen, Maschinen etc. fertigte man an und fotographierte jeden Winkel genauestens. Sogar die Anwesenden drei Nicht-Beamten. „Aus Versehen", gab man an. Naturlich wurden die Fingerabdrucke auf Flaschen, Tassen usw. nicht vergessen. Als der belastete Gesellschafter von seinem Recht der Aussageverweigerung zur Sache Gebrauch machte, bekam er zu horen:

„Damit belasten Sie sich nur noch mal

Trotzdem stellte man Fragen, wer nun welche Funktionen habe und welche Kontakte zur Szene bestunden. (Die Naman hatte man ja aus den Papieren). Jedoc' .eine Antwort. Bei einem Namen ein vernehmliches „aha, der ist auch Unterschriftsberechtigt" usw. Einige Beamte gingen auch durch betriebsfremde Raume, wie z.B. den Keller. Selbst unbelichtete Filme wurden gesichtet!

Der anwesende Gesellschafter wurde dann ohne Begrundung festgenommen und mit auf das Polizeiprasidium genommen. Ohne Anwendung von unmittelbarem Zwang wurde er abgefuhrt und (wer seine Macht so deutlich zeigt, kann leicht darauf verzichten) nochmals vernommen. Wieder nur Angaben zur Person. Erkennungsdienstliche Behandlung folgt. Danach „Nachtruhe" bis 5.30 Uhr morgens und nochmal 1 1/2 Stunden. Frage: Wer arbeitet an welcher Maschine und weitere Interna!

Nach 15 Stunden war der vorlaufig Festgenommene wieder zu Hause. Ermittlungsverfahren wegen § 129 lauft naturlich. Vor der Entlassung handigte man ihm das sauber kopierte (Orginal verbleibt beim Computer) Adressbuch abgeheftet wieder aus, mitsamt Notizzetteln, die sogar in der ursprunglichen Reihenfolge waren. Er hatte allerdings fast 24 Stunden „Kommunikation" mit den Staatsorganen und wohl doch etwas Neues aus der Beamtenszene physisch und psychisch erfahren.

P.S.: Vom MOB wurde nichts, aber auch gar nichts gefunden! ''

Leider war bei den Kleinanzeigen kein Platz mehr, daher hier die wichtige Information: SCHLEMMIL öffnet seine Pforten am Freitag, 7.10.77. um 20Uhr Geöffnet ist die Kneipe von 15°°Uhr bis 2°°Uhr; es gibt noch viel darüber zu schreiben, aber leider werden wir von den INFO-Leuten gleich rausgeschmissen, da wir Gefahr alle hinkommen, ja?

INFO BUF

s.3223

MESCALERO NO. 3

SCHLEYER – KEIN NACHRUF !

Dies ist das vielzitierte Mescalero-Flugblatt aus Gottingen:

GOTTINGEN 10. September

„Gottseidank auch. Wir wollen es anderen uberlassen, Wiederholungen zu produzieren. Lauthals widerkauen Staatsdiener und ihre bestallten Schreiber in den Redaktionsstuben seit Buback und dem Nachruf das Immergleiche in den immergleichen Varianten; von unserer (der geistigen Sympathisanten) direkten Mitschuld an der Schleyer-Entfuhrung (z.B. Rhein.Merkur) bis hin zu unserer direkten Mitverantwortung (z.B. Zeit). Die Peripherie dieser Wiederholungen wetteifert mit der Vergeblichkeit der strategischen Spekulationen, in denen sie dann regelmäßig enden: wie denn dieser verruchte Sympathisantensumpf endlich mit Stumpf und Stil auszurotten sei. Darauf kennen wir eine Antwort: dieses Unterfangen ist nicht durchfuhrbar, denn diese Reden erschrecken uns nicht und bringen uns nicht zum Schweigen. Je lauter ihr zetert, desto kraftloser werden eure Worte. Sie wirken nur mehr wie Schrauben, die man immer noch ein wenig fester anziehen mochte und die doch schliesslich uberhaupt nichts mehr halten. Und ganz ahnlich drehen sich wie irre die Gedankengange der Herren Politiker und Meinungsproduzenten im Gewinde ihrer Unfahigkeit, auch nur einen Zipfel von der Krise jenes Legitimationsgefuges zu erfassen, das sie mit solcher Vehemenz verteidigen. Alle ihre Reden reduzieren sich letztlich nur noch auf das durre Gerippe der Arroganz der Macht und ihrer Apparate. Und wie sich ihre Rede auf dieses Machtgefuge reduziert, so werden auch ihre Zeitangaben immer unpraziser: keiner weiss mehr so recht, ob es nun funf vor oder nach zwolf ist oder gerade erst zwolf und wer da uberhaupt auf die Uhr schaut.

Dieses Mal also kein Wort uber unsere unmittelbaren Reaktionen - nur soviel: wir haben die Tatmeldung in einer Gastwirtschaft empfangen und wir haben nach Empfang der Meldung keinen Anlaß gesehen, aufzustehen und unsere Positionen zu verandern, dem Buback-Nachruf ist also in seinen wesentlichen Aussagen nichts hinzuzufugen. Aus einem ahnlichen Grund verzichten wir auch auf die unter Linken ublichen Litanien v. Distanzierungen, Kritiken, die jetzt wieder wie eine Flut uber uns hereinbrechen; auch dort Wiederholungen, das alles dient - wie immer - nur zum Vorwand, die Repression zu verscharfen, das alles sind - wie immer - wildgewordene Kleinburger und dienen der Rechten. Wir verzichten auf derartige Erklarungen, die nun schon bald hundert Jahre alt sind und immer so geschrieben scheinen, als wurden sie von dem jeweiligen Ereignis, auf das sie sich beziehen wollen, nicht beruhrt. Dies aber ist die Voraussetzung dafur, daß eine linke Rede uber das Ereignis und eine linke Kritik daran (und nur von der Linken selbst kann dieses Ereignis glaubwurdig kritisiert werden) nicht zum Ritual verkommt. Deswegen werden wir nicht wie viele andere wechselseitig die Humanitat oder die Arbeiterbewegung beschworen, sondern darauf beharren, daß das zur Rede stehende Ereignis eben nicht nur aus der Tat selbst besteht, sondern eben auch aus der beinahe operettenhaften Inszenierung eines Hollenspektakels, das der Tat folgte und dieser in keiner Beziehung nachsteht.

Ganz im Unterschied zu so mancher begrifflichen Analyse, befindet sich die Rede der Linken in einer begrifflichen Erstarrung. Die Politik des bewaffneten Kampfes als Produkt einer neuen, spezifischen gesellschaftlichen Realitat bleibt aus der eigenen Reflexion ebenso ausgegrenzt, wie die Analyse der die Politik des bewaffneten Kampfes hervorbringenden Machtverhaltnisse. Es ist einfacher, sich auf die argumentativ legitimatorische Ebene der Verurteilung von Mord und Terror als Mittel zur Durchsetzung politischer Vorstellungen zuruckzuziehen und einer burgerlichen Offentlichkeit zu beteuern, diese Mittel abzulehnen. Dabei kame es darauf an, genau das komplementare Verhaltnis der Politik des bewaffneten Kampfes und der Brutalitat und des Zynismus der herrschenden Machtapparate aufzuzeigen. Ausserdem wird unterschwellig ein Konsens hergestellt, der Staatsfeindschaft insgesamt und prinzipiell ausschliesst, weil sie bisher von der Offentlichkeit beinahe ausschliesslich in Form der Stadtguerilla zwecks allgemeiner Distanzierung prasentiert wurde.

Der Druck der Zensur, die faktische Nichtexistenz von Meinungs- und Diskussionsfreiheit und die allgemeine und allgegenwartige Repression des Modells Deutschland tragen ein ubriges bei zur Tabuisierung bestimmter Felder der Diskussion und tragen auch dazu bei, neue Felder der Auseinandersetzung im Schatten zu lassen, neue Frage- und Problemstellungen, die sich aus der Veranderung und Perfektionierung der Macht-, Herrschafts- und Kontrollapparate ergeben gar nicht erst zu denken, geschweige denn zuzulassen.

Das eigentliche Ereignis, das vor unseren Augen ablauft, ist neben der Tat selbst die Aktivitat und Bewegung der Apparate und Maschinen, die diese Tat ohne weiteres aufnehmen und sie auf anderer Ebene fortsetzen. Es hat den Anschein, als fuhrten die bewaffneten Kommandos einen unerbittlichen Krieg gegen diese Apparate, gegen das BKA, gegen Sonderabteilungen, Bundesanwaltschaften und Innenministerien. Und es hat den Anschein, als reagierten die Herrschenden auf diese Kriegserklarung mit einem Ausbau ihrer „Sicherheitsorgane", mit einer Verscharfung ihrer Repression und diese Muster von Aktion und Reaktion liegen den meisten Denkansatzen auch der Linken und den ihnen folgenden Kritiken und Distanzierungen auch zugrunde. Was aber, wenn man einmal fur einen Moment den Krieg der bewaffneten Kommandos und die „Abwehr" der Sicherheitsorgane als einander ahnliche, ja komplementare Teile ein und derselben Maschinerie, ein und derselben Bewegung betrachtet? Was, wenn man fur einen Moment die Perspektive umkehrt und nicht den Machtapparat der Herrschenden, der sich jetzt wieder mit einem infernalischen Getose artikuliert als Resultat des bewaffneten Kampfes betrachtet, sondern als eine riesige Kriegsmaschine, die die äußere und innere Kolonisation uberwacht - und die den sogenannten Terrorismus als eines ihrer Produkte ausscheidet?

Die verfeinerten Techniken des Uberwachens nach Innen konnen im Vorfeld der Kontrolle nahezu unscheinbar agieren - offene Konfrontation wird ins Hinterfeld verlegt. Sorgfaltig angelegte Akten, die moglichst jeden Burger als potentiellen Delinquenten erfassen, und die standig neuen „Erkenntnisse", mit denen sie uberwacht werden, erspart eine Internierung. Internierung vollzieht sich bereits im genormten Alltag des Bergers. Doch je mehr sich die Kontrolle zusammenzieht, um so erdruckender wird sie. Es scheint, daß dieser Apparat eine beinahe unkontrollierbare Gefrassigkeit entwickelt und daß er - um in seiner ganzen strahlenden Perfektion auch funktions- und lebensfahig zu bleiben - permanent und unweigerlich den ideellen und realen Gesamtterroristen ausscheidet. Und dieser, der sich ausserhalb des Apparates dunkt und ihm ja einen unerbittlichen Krieg erklart hat, ist doch in Wirklichkeit Funktion des Apparates, Anhangsel der Maschine, zugleich Bestandteil und Produkt.

Dass auch auf anderer Ebene von dieser Produktion etwas abfallt, durfte nach dem Gesagten klar sein. Das Phanomen „Innere Sicherheit", das die Herrschenden nicht mude werden zu beschworen, ist nicht etwa ein ideologisches Phanomen. So wenig wie etwa die Massenaufmarsche des Dritten Reiches; ahnlich wie diese und von der Funktion her gleich produziert der „Kampf gegen den Terrorismus und seine Sympathisanten" einen betrachtlichen Teil des sozialen Kitts, der diese morbide Bourgeoisdemokratie zusammenhalten soll. Und schliesslich taucht als dustere Vision am Horizont 1984 auf: eine Gesellschaft der perfekten Uberwachung und Kontrolle, die nur einige ritualisierte Bewegungen zwischen Stadtknasten, in die sich die Architektur Stammheims eingezeichnet hat, als Fabriken bezeichnete Zwangsarbeitslagern und dem Konsum standardisierter Wohlstandswaren erlaubt. Und vielleicht gibt es inmitten dieser Kasernenhofgesellschaft dann noch immer ein paar erratische Zuckungen, die sich als bewaffneter Kampf deklarieren und die doch nur Teil des Spektakels sind, das zu bekämpfen sie vorgeben.

EIN WORT AN HERRN SCHLEYER

Wir hoffen, daß sie noch am Leben sind und am Leben bleiben werden und dass ihre Freunde in der Regierung und in den Krisenstaben sie nicht als Charaktermaske opfern werden; in dem Moment, wo wir diesen Text schreiben, sieht es ganz so aus, als seien ihre Freunde der Ansicht, dass sie ersetzbar seien und dass sie bereit sind, sie ihrem Staatskalkul zu opfern. Wir haben auf diese Entscheidung keinen Einfluss;leider, denn wir gehen davon aus, dass Menschenleben prinzipiell und immer unersetzbar sind. Wir haben nichts dafur ubrig, daß sie in eine Lage gebracht wurden, wo die Alternative nur darin zu bestehen scheint, zu ihrem schabigen Leben zuruckzukehren oder einen schabigen Tod zu sterben.

.....

DIE FORDERUNGEN DER BUF–MESCALEROS

Nach all dem Gesagten ist es notwendig, daß wir nunmehr unsere Forderungen prasentieren, um die wir in den nachsten Wochen und Monaten kampfen werden:

1.) Wir fordern nachdrucklich, alle grossen und kleinen Krisenstabe unverzuglich mit BUF-Mescaleros und Angehörigen anderer Stamme zu besetzen und zwar ausschliesslich oder - wo dies noch nicht sofort moglich ist - doch zumindest paritatisch.

2.) Die wichtigen Abteilungen des BKA, der Bundesanwaltschaft und anderer Sondereinheiten zur Bekampfung des Terrorismus sind unverzuglich mit BUF–Mescaleros und Angehorigen anderer Stamme besetzt. Diese garantieren, dass sie innerhalb kurzester Zeit diese Apparate zuschande reiten werden, so wie sie es vorher schon mit anderen gemacht haben, in denen sie sassen.

3.) Die Gefangenen werden amnestiert. Die Gefangnisse werden in Schulen umgewandelt, damit die Kinder schon fruh lernen, beides zu hassen.

4.) Erich Fried soll Chefredakteur der FAZ werden und die Herren Fest, Fromme und Reißmuller werden seine Eleven und sollen ihm seine Bleistifte spitzen und sein Buro in Ordnung halten. Fur sie und andere Journalisten wird der neue Chefredakteur der FAZ Kurse abhalten, in denen sie richtes Lesen, aufrichtes Denken und kluges Schreiben lernen konnen.

5.) Diese Forderungen sind unverzuglich zu erfullen. Spatestens jedoch bis zum nachsten Montag um 12 Uhr. Sollten sie bis dahin nicht erfullt sein, werden wir irgendeine Stelle in der BRD mit Lollies bewerfen.

KRISENSTABE – MAGISCHE STABE

Auch in der vergangenen Nacht tagte wieder der grosse Krisenstab im Bundeskanzleramt. Bundeskanzler Schmidt hatte neben den Innenministern aller Lander und verdienten Wurdentragern auch einen tibetanischen Gesundbeter zu den Beratungen hinzugezogen. Nach Beendigung der Sitzung in den fruhen

Dies inhalt → (5) 3224

Morgenstunden stellte unser Sonderkorrespondent Friedrich Nowattnik an Schmidt die ebenso mutige wie präzise Frage: „Herr Bundeskanzler, gibt es irgendwelche neuen Informationen? " Der Kanzler gab jedoch zu erkennen, dass man absolutes Stillschweigen über Verlauf und Ergebnis der nachtlichen Sitzung vereinbart habe. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen war zu erfahren, daß sich die Herren zu mitternachtlicher Stunde einem allgemeinen Tischerucken und der Anrufung eines kompetenten spiritistischen Mediums hingegeben hatten. Eine offizielle Bestatigung für diese Nachricht lag jedoch in den frühen Morgenstunden ebensowenig vor wie ein Dementi. Einer halbamtlichen Verlautbarung zufolge, die sich auf eine bisher von offizieller Seite nicht dementierte Meldung aus inoffiziellen Quellen stützt, war jedoch bereits gestern abend im Bundeskanzleramt ein elektronischer Wecker angebracht und präzise auf die mitternachtliche Stunde eingestellt worden."

"WAT LÖPPT" IN BEDRÄNGNIS

WUPPERTAL 22. September

Gegen das Wuppertaler Volksblatt "Wat Löppt" läuft ab 7. Oktober in Wuppertal ein Prozeß wegen eines Artikels vom September 1976 über Polizeiübergriffe. Die Anklage lautet auf "üble Nachrede und Verleumdung". Wie auf den letzten Treffen der Alternativpresse vereinbart, drucken wir (und hoffentlich nicht nur wir) den Artikel ungekürzt nach.
Die Redaktion des Volksblattes schreibt:

"Wat Löppt" hat seit einem halben Jahr mit organisatorischen, finanziellen und Schwierigkeiten konzeptioneller Art zu kämpfen. Laufend gehen uns Mitarbeiter floten, und Unlust, überhaupt noch eine Zeitung zu machen, verbreitet sich in der Redaktion. So kommt es, daß wir euch erst in wirklich allerletzter Minute um Beistand bitten können. Am 7. Oktober lauft hier in Wuppertal der Prozeß gegen "Wat Loppt". Seit einem Jahr wird dieser seitens der Staatsanwaltschaft gegen unsere Zeitung vorbe-
t. Anlaß dazu gibt der "Wat Löppt"-Artikel uber Po-
übergriffe von September '76. Die Anklage lautet auf üble Nachrede und Verleumdung.

Die Strategie unserer Rechtsanwalte, grob angedeutet, geht dahin, zu beweisen, daß die im Bericht aufgegriffenen Falle keine einmaligen Ereignisse seien und damit eine kritische Berichterstattung uber Polizei im öffentlichen Interesse lage. Dazu aber mussen wir nun noch eine ganze Reihe von Fallen uber Polizei zusammentragen. Daher folgende Bitte an euch:

a) Schickt uns Artikel aus der Tagespresse oder euren Zeitungen, die sich mit Polizei"fehl"-tritten beschaftigen.
b) Schickt uns Material uber Prozesse, die gegen die Alternativpresse angestrengt wurden.

Wenn dies nicht mehr moglich sein sollte, ist das naturlich ganz klar unser Fehler. Auf alle Falle jedenfalls wird "Wat Löppt" noch Faltblatter zum Prozeß und seinen Verlauf herausbringen, auch wenn dies das letzte sein sollte, was unsere Redaktion noch zustande bringt.
Darum weist auch in euren Zeitungen darauf hin und informiert daruber. Wer als Zuschauer dabei sein mochte, kann dies tun. Fur Übernachtungsmoglichkeiten konnen wir sorgen.
Material an folgende Adresse:

Wolfgang Schiemichen
Steinweg 25
56 Wuppertal 2

Der beanstandete Artikel aus "Wat Loppt", Nr. 6 vom September 1976:

"SCHLÄGER IN UNIFORM ?

Bericht über Polizeiübergriffe in Wuppertal

"In der Begegnung mit dem einzelnen Polizeibeamten entwickelt der Burger seine Vorstellungen von Polizei. Der Einzelne Polizeibeamte wird als Reprasentant der Polizei begriffen. Sein Verhalten nach außen wird als Spiegelbild des Innenverhaltnisses interpretiert."

Polizisten sind Menschen, ohne Zweifel. Menschen sind nicht fehlerfrei. Aber als Beamter einer Behorde, die "offentliche Gewalt besonders eindrucksvoll sichtbar macht", scheinen sie doch etwas mehr zu sein, etwas ganz besonderes, Gotter, die einfach keine Fehler machen und für die wohl manche Gesetze nicht zuzutreffen scheinen. Wer außer Polizisten, kann es sich schon erlauben, andere krankenhausreif zu schlagen, ohne dafur wegen Korperverletzung bestraft zu werden. Wenn da nun die Beamten einer Behorde als besonders gute Staatsburger bewertet werden, die einfach mehr durfen und konnen, die immer mehr Gewalt uber ihre Mitburger erlangen, siehe Polizeigesetz und Todesschuß (uber die wir noch berichten werden), ist der Obrigkeitsstaat nicht mehr weit.

Und so mussen ab und zu nicht nur kritische Staatsburger oder Randgruppen wie Auslander, Prostituierte, Verbrecher, usw. vor der Polizei Angst haben, sondern jeder, der es irgendwann einmal naher mit der Polizei zu tun bekommt. So wie die Wuppertaler, die die Polizei hautnah kennengelernt haben, so nahe, daß sie blaue Augen und in einem Falle einen Krankenhausaufenthalt davon trugen. Sie sind namlich von Polizisten aus oft nichtigen Anlassen zusammengeprugelt worden.

Weil sie den Führerschein nicht zeigen wollten. Weil sie mit anderen verwechselt wurden. Weil sie betrunken auf die Polizeiwache kamen und nicht sofort den Mund halten konnten. Nicht zu verstehen ist es, daß Polizeischlager von der Behörde gedeckt zu werden scheinen.

Es ist nicht gerade selten, daß hier in Wuppertal jemand von der Polizei mißhandelt wird. Die Ermittlungen ergeben dann aber meistens, daß niemand etwas sah, oder die Polizisten sich in Notwehr befanden. Denn Merke: DenAussagen mehrerer Beamter steht immer die Einzelaussage des Mißhandelten gegenuber. Werden den Beamten tatsachlich Übergriffe bewiesen, drohen ihnen Disziplinarverfahren, die entweder verschleppt - wie im Fall R. - oder eingestellt werden, wie im Fall G.

"Die Struktur innerhalb der Polizei ist ein wesentlicher Faktor fur das Polizeiliche Verhalten."

Die Übergriffe der Polizei sind keine Einzelfalle. Einigen Wuppertaler Rechtsanwalte sind diese Dinge nicht neu und auch der Redaktion sind Falle bekannt geworden, funf davon haben wir nachgepruft und konnen sie belegen.
Vor allem von den Wachen Oberbarmen und Elberfeld werden Polizeiübergriffe berichtet. So gehoren im Falle G. die Streifenbeamten Hopf und Homberg zur Wache Oberbarmen. G. ist Bremsenschlosser, ihm war der Fuhrerschein entzogen worden, aus beruflichen Grunden bekam er ihn zurück. Ihn schlugen diese Beamten im November 1975 zusammen. Er hatte nichts weiter getan, als sich uber die Beamten lustig gemacht und den Fuhrerschein nicht aus der Hand gegeben., was sein gutes Recht war. G. schneidet gerade Fleisch fur seine Hunde, als die Polizisten auftauchen und seinen Fuhrerschein zu sehen verlangen. Den hatte er vor einigen Stunden erst in Hagen zurückbekommen. So macht G. sich uber die "Bullen" lustig, verunsichert sie. Schließlich geht er in den Hauptbau, holt amtlichen Bescheid und Fuhrerschein, die Beamten konnen beides gut lesen. Die aber wollen den Fuhrerschein in die Hand nehmen, um ihn zu uberprufen. G. hat Angst, der Führerschein wurde ihm unter irgendeinem fadenscheinigen Grund wieder entzogen. So gibt er ihn nicht her. Die Beamten schlagen darauf auf ihn ein, so daß sein Kopf blutet, schon unten im Treppenhaus, wie eine Frau spater bezeugt. G. knullt seinen Fuhrerschein zusammen und wehrt sich nicht, lauft das Treppenhaus hinauf. Die Polizei schlagend hinter ihm her. Oben, am Treppengelander, schneidet ihm das Schlachtermesser vom Hundefutter schneiden, achtlos in die Tasche gesteckt, in den Arm. Er zieht das Messer an der Spitze heraus, ruft: "Das fehlt gerade noch, daß ihr mir einen Mordversuch anhangt," und wirft das Messer weg. Er entkommt blutend und wird abends von zwanzig Polizisten in einer Kneipe gestellt und abgefuhrt. Die beiden Polizisten hangen ihm einen versuchten Mord an. Sie erklaren, als er die Treppe hinauflief, habe er ein Messer gezogen und sie bedroht. Erst da, in Notwehr, hatten sie geschlagen. Die Gerichtsverhandlung widerlegte die Darstellung der Polizisten. Die Ermittlungen der Kripo sprachen gegen sie, ihre Aussagen wurden widerlegt. Aber das Disziplinarverfahren gegen beide wurde eingestellt, soweit bekannt.

R. ist Besitzer einer Nachtbar. Eines Abends sitzt er mit einem Bekannten lange in der Kneipe. Unter dem Vorwand, den Wagen umparken zu wollen, "entleiht" sich der "Freund" das Fahrzeug zu einer heimlichen Spritztour. Ohne Fuhrerschein naturlich. Prompt gerat er in eine Polizeikontrolle und uberfahrt beinahe einen Polizisten.
R. weiß nichts davon. Der "Freund" sagt ihm auch nichts, als er in die Kneipe zurückkehrt, steckt ihm nur heimlich den Schlussel in die Tasche. Gegen halb vier wird R. festgenommen. Er wird zu Elberfelder Wache geschafft. R. sagt, dort hatte einer der Polizisten gerufen: "Dort ist das Schwein, der ist gefahren." Darauf sturzten funf auf ihn zu. Vier Beamte halten ihn fest, einer, Herr Klauk, schlagt ihn dann fachgerecht zusammen. Sein Freund war spater gestandig. Er sagte, er ware ohne Wissen von R. gefahren und hatte den Polizisten beinahe überfahren. Doch der betreffende Polizist - er soll auch der Schlager gewesen sein - behauptet steif und fest, nur R. könnte gefahren sein. Wissentliche Falschaussage? Die Klager vermuten es.

Spater, als R. klagt und Beschwerde einlegt, weiß jeder von nichts auf der Elberfelder Wache. Seit eineinhalb Jahren versucht R. nun schon, zu seinem Recht zu kommen. Das sieht dann so aus:
4.2.75 Anzeige von R.
"Der Polizeibeamte bleibt bei seiner Aussage ... es ergibt sich einwandfrei, daß der sogenannte Polizeibeamte eine Falschaussage gemacht hat ... Ich verlange daher, daß gegen den Polizeibeamten Klauk, genau wie gegen jede andere Person, die nicht im Dienste der Polizei steht, ermittelt und vorgegangen wird."
9.2.75 Aus der Schrift des Rechtsanwalts:
Herr R. hat den Polizeibeamten Klauk wahrend der Hauptverhandlung gegen S. wiedergesehen. Er hat ihn eindeutig als denjenigen identifizieren konnen, der ihn seinerzeit mißhandelt und geschlagen hat. Doch unternommen wurde von der Staatsanwaltschaft nichts. Das Verfahren gegen Klauk wurde "vorläufig" eingestellt.

"Das Selbstverständnis der Polizei, abgeleitet aus der demokratischen und sozialrechtsstaatlichen Verfassungsordnung, muß der Bevolkerung vermittelt werden."

Alle Zitate aus: "KONZEPT ZUR INNEREN SICHERHEIT" von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeiangehöriger, Mai 1973.
Was ist nun zu tun, wenn der Bürger von Polizisten mißhandelt wird?

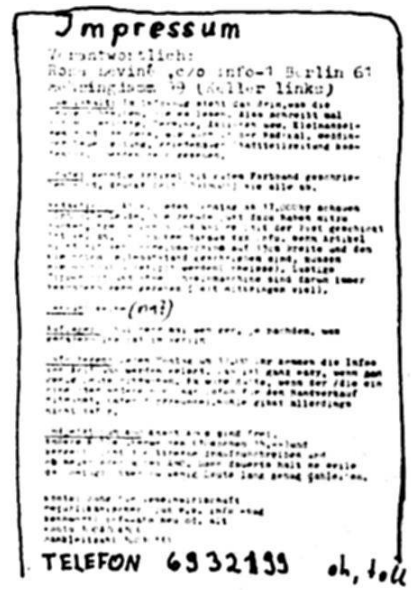
1. Namen und Dienstnummer geben lassen, auch wenn weitere Schläge angedroht werden. Die Beamten sind zur Auskunft verpflichtet.
2. Sofort zu einem Arzt gehen, Attest ausstellen lassen.
3. Farbphotos von den Verletzungen anfertigen lassen.
4. Zu einem Anwalt gehen, der sich mit Polizeiübergriffen beschäftigt hat. WAT LÖPPT kennt mehrere von ihnen. Wer einen Anwalt braucht, wende sich an die Redaktion.
5. Mißhandlungen der Polizei dringen so gut wie nie an die Öffentlichkeit. WAT LOPPT veröffentlicht diese. Wenden Sie sich bitte daher an uns. "

Montag, 10.10. 19°°
TU Hörsaal 104
Indianer aus Nord-, Mittel- und Südamerika

Wir sind weder kapitalistisch, noch marxistisch leninistisch, noch gehöre wir zur Dritten Welt (Constantino Lima, Führer der Befreiungsorganisati von Tihan-Suyu -Inka Territorium)

Am Montag, dem 10.10. kommen auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker Delegierte indianischer Nation aus Nord-, Mittel- und Südamerika nach Berlin. Sie werden über ihre Forderun nach Anerkennung der nationalen Souve ränität ihrer Völker und der mit den verschiedenen Eroberervölkern geschlo ssenen Vertr ge als internationales Recht sprechen, über ihren Widerstand gegen die Auslöschung ihrer Kultur, ihrer traditionellen Lebens- und Regie rungsform und ihrer Umwelt, über den Völkermord an indianischen Völkern.

Die 15 Indianer, die die Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker zu einem Informationsbesuch in der BRD angenommen haben, sind Führer von Bauernbewegungen Befreiungsbewegungen arbeiten in indianische Survival Scho ols, in Vertragsrechtsräten , in indianische Zeitungen.
Sie gehören zu den 80 Delegierten von 60 Indianernationen aus 25 Staate die vom 20.-25.September an der Konfe renz gegen Diskriminierung Eingeboren er Bevölkerung der Amerikas 1977 bei der UN teilnahmen.
Constantino Lima hatte den Protest aller südamerikanischen Indianer Nati onen gegen die von der BRD mit 150 mi llionen DM subventionierten Umsiedlun Deutscher aus dem südlichen Afrika , insbesondere nach Bolivien. Diese Pla nung verletzt aufs gravierendste die Rechte der Tieflandindian er. Lima wird in München Bonn Köln Göttingen Hamburg Berlin gegen den dr henden Landraub protestieren.
Indianisches Politikverständnis ist nicht steril begrenzt, ist Tanz ist T Trommel ist Politik
Im Anschluß möchten die Indianer in kleinen Gruppen weiterreden.


Impressum
Verantwortlich:
Rolf Gewinn, c/o info-1 Berlin 61
Gneisenaustr. 19 (Keller links)
(mit)
TELEFON 6932199

„NOCH WENIGER KANN MAN DAZU GARNICHT SAGEN..."

Die ROTE HILFE hat im letzten Info einen Artikel veröffentlicht unter dem Titel "Schleier über der Linken oder: Hast Du Dich auch schon distanziert?", der ziemlich opportunistisch und ignorant war. Opportunistisch deshalb, weil die RH sich drückt vor einer inhaltlich konkreten Diskussion über die aktuelle "Politik" der Guerilla und ignorant deshalb, weil sie (RH) glaubt, sich distanzieren zu können von der politischen Diskussion, den Fragen und Unsicherheiten der Genossen/innen der "Sponti-Scene" ohne darauf einzugehen, was genau die politischen Gründe dieser Verunsicherung sind.
Als Alternative dazu macht es sich die RH so einfach, sich über das bekannte Distanzierungsgewäsch des SB zu empören. Ich halte das für einen Verschleierungsversuch, um von den Problemen, die diese Scene, zu der auch die RH gehört, (ob sie will oder nicht) abzulenken; und zwar aus folgenden Gründen:

Es ist charakteristisch für revisionistische, reformistische (oder wie man sie sonst etikettieren will) Gruppen sich anzubiedern an staatliche Instanzen mit dem Ziel als "guter Kommunist", als "Nicht-Extremist" anerkannt zu werden. Deshalb sind solche Gruppen wie SB, SEW/DKP u.a. auch die ersten, die immer schreien: "Wir sind's nicht gewesen!" In zugespitzten Situationen der Repression kümmert es den Staat aber wenig, ob da ein "guter Kommunist" oder ein "böser Kommunist" z.B. Berufsverbot bekommt. Der Trugschluß dieser Gruppen ist es, durch Anpassung an "seriöses, parlamentarisch-demokratisches Verhalten" Einfluß gewinnen zu können auf die "große Politik". Auch keine der sich von der Schleyer-Entführung distanzierenden Gruppen konnte deshalb verhindern (bzw. auch nur beeinflussen), daß ein weiterer Riesenschritt zum "rechtlichen" Abbau der demokratischen Grundrechte (Kontaktsperre) parlamentarisch formal gerechtfertigt wurde. Zum anderen ist es falsch anzunehmen, die Distanzierungserklärungen solcher Gruppen (wie dem SB) hätten zu größerem Einfluß auf die (linksradikale) Scene geführt.
Mir ist deshalb total unklar warum sich die RH dermaßen über das SB ausweint. Es (das SB) ist deshalb irrelevant , weil es auf einer ganz anderen Ebene Politik macht, infolgedessen ganz andere Probleme, trotzdem aber keinen entscheidend größeren politischen Einfluß hat, als die RH, als die Scene, als wir.- So findet die RH im SB "einen bequemen Sündenbock für die eigene Hilflosikeit und die Unfähigkeit" die anliegenden politischen Probleme auch nur zu thematisieren. (fast Originalzitat aus dem RH-Arti-kel)

Ziemlich falsch ist auch die Annahme der RH, innerhalb der "Sponti-Scene" stünde grundsätzlich das Problem Gewalt: Ja - Nein, Ablehnung oder Zustimmung zur Debatte:

> "Die abstrakte und politische Verurteilung von Gewalt führt nur in die Sackgasse der Hilflosigkeit und Ohnmacht."...
>
> "Für uns ist die Frage Bewaffneter Kampf ja oder nein gar keine Frage: Die Frage ist wie und womit wir uns gegen die herrschende Gewalt in der jeweiligen Situation unter den jeweiligen Bedingungen zur Wehr setzen und Erfolge erzielen können."...

Diese Sprüche sind natürlich so platt wie richtig. Nur tragen sie in keiner Weise bei zu einer politischen Diskussion um die konkreten Formen und Bedingungen des bewaffneten Kampfes. Oder ist etwa alles, was knallt schon "revolutionäre Gewalt". Die Zustimmung oder die Ablehnung, die Unsicherheiten und Diskussionen sind zur Zeit sehr konkret. Sie beziehen sich auf ganz konkrete Aktionen des bewaffneten Kampfes, die man nur konkret politisch diskutieren kann.
Wenn die RH deshalb die Unsicherheit oder auch die Kritik an den Aktionen der RAF von vielen (auch militanten) Genossen/innen in die Schublade "Distanzierung" = SB = "Aufsitzen staatlicher Propaganda" steckt, sie selbst aber unfähig ist, auch nur einen Ton darüber zu sagen, ob die Ponto- oder Schleyer-Aktion in genau der Form, wie sie durchgeführt wurde politisch angemessen, politisch sinnvoll, oder teilweise, oder ganz, oder weiß der Geier wie richtig oder falsch waren, wenn die RH dazu nichts sagt, distanziert sie sich genau wie das SB von dem, was z. Zt. für uns politisch aktuell und wichtig ist.
"Es gibt eine breite Palette von Möglichkeiten des Widerstandes, angefangen vom Reden mit den Nachbarn über Beteiligung an Demos oder Veranstaltungen und bis hin auf bewaffnete Angriffe auf Einrichtungen und Repräsentanten dieses Systems. Alle diese Möglichkeiten können richtig sein und es ist falsch, eine gegen die andere auszuspielen!"
Auch das ist wieder so platt und abstrakt wie richtig. Natürlich geht es nicht darum, die eine Art der politischen Aktion gegen die andere auszuspielen; nur kann ich mir kaum vorstellen, daß die RH so frisch - fromm - fröhlich - frei an ihre Arbeit rangeht 'heute mit dem Nachbarn reden, morgen 'ne Demo, übermorgen 'ne Veranstaltung machen', ohne zu diskutieren, zu welchem Zeitpunkt, in welcher Form, mit welchem Ziel, unter welchen Bedingungen eben, die eine oder andere Aktion ablaufen soll. Und wenn sie sich so naiv aus einer politischen Diskussion über die letzten Aktionen der RAF raushält, dann darf sie auch nicht "die Durchsetzung neuer repressiver Gesetze, denn die liegen schon seit Jahren in den Schubladen (RH)" gerade zu diesem Zeitpunkt bejammern. Warum werden diese Gesetze gerade jetzt aus den Schubladen gezogen, wenn sie schon jahrelang drin liegen? Wieso tut ihr so, als hätte das alles nichts miteinander zu tun, nach dem Motto, 'was die RAF macht, geht uns nichts an'. "Alle diese Möglichkeiten können richtig sein", schreibt ihr ganz platt und liberal und verschweigt dabei, daß es auch "Möglichkeiten" gibt, die falsch sein können.

, Nach einer eigentlich nur für ML-er typische Art, alle Leute für bekloppt zu halten, schreibt ihr weiter, es sei eine "Kampagne des Staatsapparates, die Linke an der Frage der Gewalt weiter zu spalten in einen friedlichen anständigen Teil auf der einen, und einen gewalttätigen, terroristischen Teil auf der anderen Seite." Nicht die "Kampagne des Staatsapparates", sondern die Linke selbst spaltet sich (ziemlich bewußt!) an der unterschiedlichen Einschätzung u.a. der Aktionen der RAF. Genau auf diesen Prozeß politischer Diskussionen und Entwicklungen kann man aber nur einwirken, wenn man sich zu dem verhält, was eben diese Diskussion ausmacht: Im aktuellen Fall die Aktionen der RAF. Stattdessen aber schreibt ihr: "Die Linken, die sich an diesem Klärungsprozeß beteiligen wollen, sollten sich darüber klar sein, wohin er führt: in der Arsch der Bourgeoisie."
Die RH scheint ja unglaublich wenig von ihrer eigenen Arbeit überzeugt zu sein, wenn sie annimmt, ein Klärungsprozeß über diese Arbeit führe in den Arsch der Bourgeoisie. Genauso heißt das in der Konsequenz für die RAF-Aktionen: wer hierüber politische Klarheit will, landet auch schnell im Arsch der Bourgeoisie. Offensichtlich glaubt ihr, daß die letzten RAF-Aktionen Counter-Aktionen waren, wie sonst sollte man bei einem politischen Klärungsprozeß darüber so schnell im Arsch der Bourgeoisie landen? Am Ende eines solchen Prozesses steht doch nicht "toll" oder "Scheiße", "drauf abfahren" oder "sich distanzieren". Das Ziel ist doch das, politische Handlungsfähigkeit zu erlangen.
Statt auf unwichtige Pappkameraden (die Distanzierer) einzuschlagen - wobei sich eh' niemand betroffen fühlt- sollte die RH lieber mal ihren politischen "Klärungsprozeß" vorantreiben, anstatt ihn zu diffamieren. Vielleicht gerät sie dann in die Lage, sich politischer verhalten zu können, statt abzulenken.

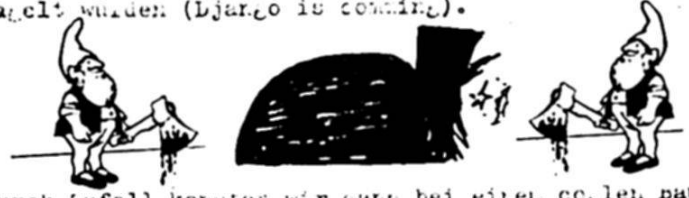
NICHT NUR FÜR ♀♀

DAS DARF JA WOHL NICHT WAHR SEIN !!!!!
Am 7. und 8.10. wollen die gleichen Veranstalter wieder eine Veranstaltung FRAUEN BOXEN OBEN OHNE in der Taverne am Lüzowplatz durchführen. Diesmal sollten wir keine Möglichkeit auslassen, um diese Sauerei zu verhindern. Es gibt da einen Paragraphen der es verbietet, Sexualität in Verbindung mit Brutalität darzustellen. Damit könnte man/frau versuchen, eine Einstweilige Verfügung durchzukriegen. Erkundigt euch am besten mal bei guten Anwälten.
Je mehr Leute es versuchen, umso mehr Arbeit haben unsere Freunde auch damit. Es gibt sicher auch noch andere Möglichkeiten etwas gegen die Veranstaltung zu unternehmen. Denkt mal darüber nach und quatscht mal mit Leuten darüber. Vielleicht gelingt es uns ja diesmal.
Und kommt am besten auch massenhaft am Donnerstag zur Taverne. Es gibt auch 'Fällt aus- Aufkleber', die kann man/frau ganz gut über die Plakate kleben.

FÄLLT AUS AUFKLEBER IM BLOCKSBERG

„... mal kräftig hingelangt"

Wir fuhren am Freitagnachmittag zu Dritt von Amsterdam Richtung Kalkar. An der Grenze bei Beek wurde unser Wagen zuerst einmal ausgeräumt (alles aufs Dach stellen). Waffen (!!) und Haschisch (!!) wurden als Grund angegeben, daß wir uns danach unter Aufsicht von mit MPs bewaffneten BGSlern ausziehen durften (willkommen im Polizeistaat).
In Kalkar trafen wir dann schon einige Leute auf dem Marktplatz. Schon viele ausländische AKW-Gegner trudelten bis zum späten Abend ein. Dazu jede Menge Bullentransporter, Wasserwerfer und Spitzel vom BKA (weißer VE-Bus mit großem Dachgepäckträger zum Filmen). Den ganzen Abend habe ich kein Mitglied der BI aus Kalkar oder Umgebung gesehen. Niemand erklärte was nun eigentlich Sache sei (pennen, Infos etc.).
Viele Neugierige schauten reserviert zu uns rüber. Nur vereinzelt kamen sie zu uns um ein wenig zu sprechen. Die Hetzkampagne hatte bei einigen schon so durchgeschlagen, daß z.B. Fensterscheiben vernagelt wurden (Django is comming).



Durch Zufall konnten wir dann bei einem coolen Bauern im Stroh schlafen. Wir waren nun etwa 25 Leute und somit schon eine verdächtige Vereinigung i.S.d. Strafgesetzbuches. Den fleißigen Ordnungshütern entging es deshalb nicht, daß wir uns überall dort am Sperrgebiet niedergelassen hatten. Morgens um 5 wurden wir dann prompt durch ein Dutzend vor Leuten z.T. mit MPs bewaffnet, gezogener Pistole, Scheinwerfer aufgeweckt. Die waren zu diesem Zeitpunkt ziemlich nervös. Einer von uns wollte Fotos machen, ein Typ mit MP meinte dann "Soll ich dir mal eine!"

Wieder wurde nach Waffen gesucht und keine Antwort auf Dienstnummer, Grund der Durchsuchung usw. angegeben. Nach 1 1/2 Stunden zogen sie wieder ab. Um 8 Uhr dann das ganze noch 2. 5 Ford-Transit, Zivis und 3 Krankenwagen (!!) rückten an. Keine langen Fragen, sondern gleich wurde gezeigt, daß sie machen können was sie wollen. Beschlagnahme von Zeltstangen, Petroleum und Spiritus für unseren Campingkocher, Ölflasche, Gummihammer, Zelt, Helm und Broschüren zum einheitlichen Polizeigesetz (waffen.!). Ich wollte Fotos machen; der Film wurde aus der Kamera gerissen und belichtet (ohne Kommentar). Zur selben Zeit rückten ca. 2 Hundertschaften in voller Ausrüstung Richtung Bauernhof an. Die kehrten dann aber wieder um. Gegen Ende der Aktion wurde dann ein Mädchen unter dem Vorwand es läge eine "Meldung" vor verhaftet. Große Verwirrung und das Gefühl gegen diese Scheiße total ohnmächtig zu sein. Darum versuchen sie uns zu vernichten, noch ehe wir überhaupt Gegner sein können. Nicht nur uns, sondern auch sympatisierende Bauern
Für uns war klar, daß die Polizei provozieren wollte Doch diesen Gefallen taten wir ihnen nicht. Das nächste mal werden sie es nicht mehr so einfach haben.
Wir kommen wieder und dann sind wir noch mehr.

PS: Die Beschlagnahme wurde von HW Scherf unterschrieben AKT.Z. RSZ II/A1 4

Leiter der Bullen: Hauptkommissar Johann Jung Duisburg

Genossen aus Süddeutschland!
Ein AKW im Bundestag - sonst nirgends!!

"Wir" und die RAF

Antwort an die RH

zum -zigsten male müssen wir uns von der ROTEN HILFE sagen lassen wie wir unsere kritik zur schleyer-entführung zu äussern haben. schleyer steht hier nur als synonym für andere charaktermasken des kapitalistischen systems, die von der RAF umgelegt wurden. die RH vermeidet eine inhaltliche auseinandersetzung über die RAF, indem sie mit dem moralischen druckmittel arbeitet: wer sich distanziert von den aktionen der RAF nützt dem staatsschutz. (gleiche argumentation wie die DKP, wenn es um die ddr geht: wer die ddr kritisiert nuetzt der kapitalistischen brd) die RH lagert die diskussion über die RAF aus, auf die ebene: biste solidarisch oder nicht.
kein wort auch bei dem RH-artikel über die etlichen demos zur unterstützung der RAF-häftlinge, unsere agitation im stadtteil, an der uni. wir können uns noch an die sponti-mittwochs-plena im Soz, Zentrum erinnern, wo wir alle unsere phantasie und stärke, zur unterstützung der RAF-häftlinge mobilisiert haben. die RAF hatte damals immer absolute priorität. wir haben uns auch nie gefragt, ob bestimmte sachen mit der RAF vielleicht auch abzustimmen wären, wie der hungerstreik oder anti-repressionskampagnen. die RAF beschloß so und so zu handeln, wir haben sie selbstverständlich von außen unterstützt. nie umgekehrt! -unsere arbeit an der uni, im stadttei, in der jugendgruppe - was ist das schon. uns werden seit 1970 aktionen vorgeknallt, die wir der bevölkerung zu erklären hatten, bzw. womit wir uns zu solidarisieren hatten.
zur RAF-politik:
die RH will die RAF verteidigen, indem sie nachweist, daß deren politik den staat und die herrschenden trifft. genau das hat die RAF auch erreicht: die herrschenden haben die hosen voll. Aber was nützt das der linken, wenn dabei die teile der bevölkerung, die nicht (noch nicht) zur linken gehören sich hinter den staat stellen und auch die linke, bis auf kleine fraktionen, sich von dieser sorte antiimperialistischen kampfes distanziert?
das anknacksen der staatsmacht gelingt der RAF um den preis einer verstärkten rechtstendenz in der Bevölkerung: es gibt wohl keinen, der angesichts der RAF-aktionen mehr einsicht in die kapitalistische scheiße hierzulande gekriegt hat. im gegenteil ist der moment gekommen, indem der staat vorbereitete repressive gesetze, etc. aus den schubladen zieht und sie in einer woche durch den bundestag peitschen kann, ohne auf großen widerstand zu stoßen. weshalb haben sie denn das wohl nicht vorher gemacht wenn die schon so lange in den schubladen liegen? da hätten sie höchstwahrscheinlich die gesetze und maßnamen nicht durchgekriegt ohne widerstand. heute geht's!
die RAF schafft dem staat die voraussetzung zur durchsetzung seiner repressiven politik. nie konnte der BRD-staat seine maßnamen besser vor der bevölkerung legitimieren - nie hat die bevölkerung staatliche repressionen widerstandsloser akzeptiert. wir sehen keinen punkt wo die RAF-aktionen sozialistisches bewußtsein geschaffen haben, trotzdem sie sozialistisch (was immer die darunter verstehen) gemeint sein mögen. (1)
noch zwei sachen: wir meinen nicht, daß wir immer nur auf die wirkung unserer politik schielen solln. und us immer von den "objektiven", "linken sachzwängen" leiten lassen sollen (in dem stil: um marxens willen, nur nicht subjektive empfindungen, eigene wut, betroffenheit ausdrücken, weil wir damit die massen verprellen). wenn aber die aktionen die aus so einer [illegible] entstehen, nur noch ganz wenigen vermittelbar sind, wenn also subjektive empfindung gegen politische sinnhaftigkeit steht, muß man sich zumindest fragen, ob man nicht bessere aktionen finden kannn.
zweitens: bei der auseinandersetzung mit der RAF dreht es sich auch nicht um die "Gewaltfrage im allgemeinen". uns ist klar, daß wir in der auseinandersetzung mit dem system nicht um die gewalt drumrumkommen - es dreht sich darum, wann gewalt vermittelbar ist.
konkret, in der auseinandersetzung mit der RAF gehts um die frage der gewalt zu diesem zeitpunkt, mit diesen forderungen, mit diesen mitteln.

PE. + GE.

Wir, die Tupamaros

Vorwort aus „Wir, die Tupamaros"
(Roter Stern – Frankfurt)

Die richtige Theorie der Revolution entsteht aus der praktischen Aktion. Aus diesem Grund haben die Tupamaros diesem Buch zugestimmt, einem wahrheitsgemäßen und genauen Bericht über die Aktionen, die ihre Organisation ausführt, vervollständigt durch die Beschreibung der Arbeitsweise und einem Aufriß der Organisationsprinzipien.

Die Erfahrungen der Tupamaros sind nicht endgültig, sie sind jedoch nützlich und geben Auskunft über eine neue Form des Kampfes. Aus diesem einzigen Grund erachten die Tupamaros es nicht für verfrüht, ihre Erfahrungen über neue Formen revolutionärer Organisation denen zu vermitteln, denen sie nützlich sein könnten, die dieses Konzept, modifiziert durch die Bedingungen in ihren Ländern, auf diese anwenden können. Für die, die immer noch meinen, diese Erfahrungen beträfen sie nicht, hat dieses Buch immerhin den Eigenwert historischer Erzählung.

Die Taktik der Stadtguerilla

Methoden für den bewaffneten Kampf zu entwickeln, um einem weit überlegenen Gegner etwas bieten zu können, wird immer die größte Aufgabe der Stadtguerilla sein. Bis zur chinesischen Revolution hatte die Stadtguerilla lediglich eine rein taktische Bedeutung; tatsächlich wird die Stadtguerilla in dieser Revolution "strategisch-militärisch" wichtig; während einer ausgedehnten Periode des Kampfs kann sie das ganze Gewicht des Krieges tragen. Während der kubanischen Revolution konstituiert der Krieg der Guerilla nicht allein den bewaffneten Kampf, hier eine strategisch-taktische Rolle übernehmend, sondern der Kampf der Guerilla wird dabei zum wichtigsten Instrument für die Politisierung der Massen. Ohne die Unterstützung des Volkes ist es für die Guerilla überhaupt nicht möglich, den Kampf aufzunehmen. Und eben während dieser langen Periode, in der die Guerilla im großen und ganzen der einzige Träger der Revolution ist, sucht sie in Verfolgung ihrer essentiellen politischen Interessen, diese Stütze zu gewinnen. Dieses Konzept macht den Guerilla-Kampf zu einem "strategisch-politischen" Instrument und ist heute auch das Konzept der M.L.N. in ihrer Rolle als Stadtguerilla. Dies hindert die Guerillabewegung jedoch nicht, nach einem rein militärischen Plan zu handeln – im Gegenteil: der militärische Plan ist in dieser Zeit genau die Anwendung der taktischen Erfordernisse auf eine militärische und politische Strategie.

Die Kampfform der Guerilla ist wesentlich eine Kampfform der Beunruhigung. Prinzipiell hat sie die Umkehrung des Kräfteverhältnisses zum Ziel – dazu verfolgt sie zwei taktische Ziele: sich selbst zu vergrössern und den Feind zu schwächen. Die erste dieser beiden Aufgaben hat eine rein politische Bedeutung, die zweite ist von militärischer und politischer Wichtigkeit. Die Verunsicherung ist der Ausgangspunkt für Strategie und Taktik der Guerilla. Sie schwächt den Feind nicht allein dadurch, daß sie sich seine Vernichtung zur Aufgabe macht, sondern sie demoralisiert ihn zugleich und läßt die objektiven und subjektiven Bedingungen der Revolution deutlicher hervortreten.
Die Guerilla hat viele Aufgaben zu lösen, der ganze Herrschaftsapparat ist umzuwerfen. Das Militär, das der Unterdrückung dient, der Justizapparat, die käufliche Presse – sie alle halten das System aufrecht, dienen dazu, dessen Vorhaben auszuführen, denn eine reaktionäre Regierung kann ihre Macht nicht ohne Zwang ausüben. Die revolutionäre Gewalt entwickelt sich als Antwort auf die staatliche Gewalt.

Die Wahl der taktischen Mittel, um die Strategie ins Werk zu setzen:

Die Stadtguerilla ist charakterisiert durch das praktische Vermögen, alle feindlichen Stellungen in ihrer Reichweite und infolge ihrer Macht überraschend zu treffen. Einer Stadtguerilla fällt es z.B. leicht, Feinde durch einen Hinterhalt zu vernichten – so vorzugehen ist aber schwierig für eine Landguerilla. Alle Agenten der Macht, angefangen mit dem Präsidenten der Republik und seinen Ministern, sind der Gefahr eines Hinterhalts, gelegt von der Stadtguerilla, ausgesetzt. Die Kommunikationsmedien, die strategischen Einrichtungen – sie alle haben die Bedeutung von Sprengstoff für eine Stadtguerilla, die nicht zögert, auch Menschenleben aufs Spiel zu setzen, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Die M.L.N. gebraucht deshalb ihre Kampfmittel nicht ohne Unterschied und ohne sie in ihrer Bedeutung der Situation anzupassen, um im Stand zu sein, richtig ins Herz der feindlichen Stellungen zu treffen. Ihre Aktion ist eine Funktion ihrer strategischen Zielvorstellungen, militärischen und politischen. Z.B. muß sie nicht alle ihre Kräfte gleichzeitig einsetzen, um ihre Kontinuität wahren zu können, während einer Zeit, in der die Massen weder genügend gegen die Regierung revoltieren, noch sich empören über deren Verbrechen. Dies läßt sich auch nicht durch blutige Aktionen beschleunigen.

Es gibt auch keine Generallinie, ganz abgesehen davon, wie anwendbar sie ist, um die richtige Auswahl der vermittelnden Taktiken zu gewährleisten. Es ist ebenso ein Irrtum, radikale Mittel in der Periode der Vorbereitung der revolutionären Bedingungen anzuwenden, wie sie nicht anzuwenden in einer Situation der Gewalt oder im Laufe der Phase der Konstituierung des Klassenkampfs. Jede Guerilla, die praktisch im Herzen der Bevölkerung kämpft, in direktem Kontakt mit den Massen, führt einen politischen Krieg. Jeder Fehler in der Wahl der taktischen Mittel, jede Aktion, deren Ziele nicht klar genug sind, kann eine beträchtliche Verzögerung in der Realisierung der darübergestellten strategischen Ziele nach sich ziehen. Die Wahl der taktischen Mittel erfordert folglich eine genaue Abschätzung der sozialen, politischen und geographischen Bedingungen, damit sie nicht das Gegenteil des vorgestellten Ziels bewirken. Die Wahl der taktischen Mittel hängt ab von Zeit und Ort. Die M.L.N. probt in ihrem Terrain die verschiedenen taktischen Mittel und zieht dann ihre Schlüsse.

1. Sabotage:

Drei Formen der Sabotage sind zu unterscheiden:

a) die, die die Zerstörung von Maschinen zum Ziel hat und sie damit unverwendbar macht für eine große Anzahl von Arbeitern oder Nachteile für einen wichtigen Sektor der Bevölkerung nach sich zieht.
b) die, die einen einzigen Kapitalisten betrifft oder die Regierung, ohne direkt das Volk zu betreffen.
c) die Sabotage an militärischen Anlagen.

Es ist klar, daß die zweite der drei Arten möglicher Sabotage von der Bevölkerung eher akzeptiert wird als die erste. Im allgemeinen wird der Sabotage – das ergibt sich aus ihrer Natur – von der Bevölkerung nicht zugestimmt. Jedoch gibt es andere Methoden revolutionärer Aktion, solange die Guerilla noch nicht in die Phase des allgemeinen Kampfes eingetreten ist, der Phase, in der die Zerstörung aller feindlichen Ziele durch die Folgerichtigkeit der taktischen Mittel gerechtfertigt ist. Es wird außerdem evident, daß – wenn der Gegner zerstreut werden soll – man die strategischen Ziele, die Militärbasen etc. zerstören muß, die Telefonleitungen und die elektrischen Leitungen durchschneiden muß, die Brücken, über die die Feinde kommen können, sprengen muß. Das ist der Moment, wo der Guerillakampf eine dramatische Wendung nimmt. Dasselbe Phänomen tritt in Erscheinung bei einer Invasion von außen; die Sabotage wird zum letzten und legitimen Mittel, sich zu wehren. Die Sabotage muß in all ihren Formen in gegebenen Umständen ihrem Ziel angemessen sein, d.h. sie muß in ihrem Umfang und in ihrer notwendigen Härte die Mauern, die den Feind umgeben, zerstören. Während der Periode der Beunruhigung wird es sich auf einer ganz bestimmten Ebene als wahr erweisen, daß es falsch ist, elektrische oder Telegraphenleitungen durchzuschneiden oder die Eisenbahnschienen zu sprengen, denn die Administration kann dann noch diese Schäden reparieren lassen und diese Aktionen erscheinen den Massen dann vielleicht als Akte purer Zerstörungswut, ohne daß ein strategisches Ziel erreicht wird. In bestimmten Fällen erhält die Regierung so die Aura, sie mache sich um Öffentliches verdient, während der Guerillakampf als Raub an der Bevölkerung erscheint. Auf der andern Seite akzeptieren die Massen die Sabotage, die nur gegen die Regierung, gegen das Militär oder einen einzelnen Kapitalisten geht – wie z.B. die Sabotage, die öffentliche Gebäude, militärische Einrichtungen, Polizeiwachen etc. zur Zielscheibe hat. Diese Formen der Sabotage bringen augenscheinlich keinen direkten Schaden und sind ein gültiger Maßstab für explizite Ziele.
Auf zwei Nachteile der Sabotage muß hingewiesen werden: sie gibt der Regierung zusätzliche Waffen in die Hand, die Presse wird versuchen, die "Guerilleros" als Terroristen abzustempeln (um diesem Manöver der etablierten Zwangsgewalt zuvorzukommen muß der Sabotageakt die Form eines Kommandounternehmens annehmen, dessen Ziel die Einnahme des Objekts vor seiner Zerstörung ist). In den meisten Fällen sind Sabotageakte, die nicht zugleich die Nachbarschaft des Ziels (möglicherweise die Gebäude) bedrohen, nicht möglich: dies alles läßt in der Bevölkerung Furcht vor den Angriffen der Guerilleros aufkommen. Die Sabotageakte müssen durch propagandistische Aufklärung aufs bestmögliche erklärt werden; hierin liegt die Notwendigkeit für einen Apparat, der es ermöglicht, die Bevölkerung zu informieren und der Hetze der Regierungspresse entgegenzuarbeiten, die natürlich alles daran setzen wird, die negativen Aspekte einer solchen Aktion herauszustellen.

2. Der Angriff der Unterdrückungsmacht

Wie wir schon sagten, kann die Stadtguerilla die kontinuierlichste Taktik der Landguerilla beliebig verwenden: der bewaffneten Macht der Feinde einen Hinterhalt legen.

Die meist gebrauchte Methode ist, bewaffneten Gruppen einen Hinterhalt zu legen, um sie auszuschalten oder sie aufzubringen, um sie zu entwaffnen. Der Angriff auf die bewaffneten Kräfte der Repression ist die wohl am ehesten direkte Form der Beunruhigung. Er trifft ebenso den Regierungsapparat, der sofort in Verwirrung gerät. Die direkte Konsequenz der fortschreitenden Zerschlagung der bewaffneten Kräfte ist der Sturz der Regierung.

Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg und deshalb müssen die Folgen der Anwendung taktischer Mittel vor ihrer Ausführung in Betracht gezogen werden. Wenn es z. B. eine Möglichkeit gibt, einen Sektor der bewaffneten Gewalt vorübergehend zu verunsichern, muß vorher genau analysiert werden, ob die Verunsicherung der Soldaten der Guerilla helfen wird oder im Gegenteil deren Bindung an die Regierung verstärkt. Innerhalb des städtischen Milieus setzt die Verunsicherung der Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte einem bedeutenden psychologischen Druck aus: werden sie selbst durch die Kugeln ihrer Feinde bedroht, so werden sie sich der Gefahr ihrer Rolle als Soldaten bewußt und verlangen so von sich aus, daß die Regierung, wenn sie alles fest in der Hand halten will, die Bedroher tötet. Mitunter interessieren sie sich selbst für das Programm der Guerilla, verhalten sich jedoch als Werkzeuge der Regierungspolitik. Einst sind sie in Armee oder Polizei eingetreten, weil sie Arbeit brauchten, und jetzt glauben sie, sie verteidigten das Vaterland oder bekämpften Verbrecher. Es ist ganz klar, daß ihre unmittelbaren Aktionen andere Formen annehmen: Forderungen nach kollektiven Lohnerhöhungen, Forderungen nach em Sonderstatus und Privilegien, Gehorsamsverigerung bei bestimmten Befehlen. Im Stadium des passiven Widerstands gegen eine oligarchische Regierung ist es für sie notwendig, sich der Rolle bekönnen; das zwingt sie zu einer der beiden Konsequenzen: entweder bleiben sie dabei, die oligarchische Zwangsgewalt auch weiterhin zu verteidigen (nach einer Lohnerhöhung und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die sie stärken, ihre schmutzige Arbeit weiterzumachen), oder sie weigern sich einfach, weiterzumachen, und können so zur Guerilla übergehen: das untergräbt die Unterdrückungsmacht im günstigsten Fall annulliert es sie. Eine schlechte Anwendung der Taktik des Hinterhalts kann diesen Lernprozeß aber auch verhindern. Es handelt sich einmal mehr um die Abschätzung des politischen Zusammenhangs, indem wir von Sabotageakten reden: ein Hinterhalt, um den Feind kaltblütig zu zerstören, hat in einer Periode, in der die Guerilla noch nicht völlig mit allen Formen von Gewalt vertraut ist und in der der Kampf noch nicht die dramatische Wendung zum Bürgerkrieg genommen hat, im allgemeinen genau die entgegengesetzte Wirkung als erwartet. Der ldat und der Polizist fühlen sich dann als Opfer eines ungerechtfertigten Angriffs, ihre Reaktionen sind bestimmt durch Empörung und Korpsgeist, nicht jedoch von Aufopferungsbereitschaft für die Regierung. Es ist wichtig, zu bestimmen, ob die Mitglieder der Armee - durch all das schon erschüpft - sich am Bürgerkrieg beteiligen können, oder ob sie aus Überzeugung gegen Bankräuber und "traditionelle Terroristen" kämpfen. Der Kampf kann aber auch diese dramatische Wendung nehmen, ohne daß es der Armee bewußt geworden ist, daß sie an einem Bürgerkrieg teilnimmt; hier muß der Angriff der Taktik der "indirekten Annäherung" folgen. Diese besteht aus dem Angriff der feindlichen Ziele, ohne jedoch die Polizisten und Soldaten, die sie verteidigen, gefangen zu nehmen. Tatsächlich ist der Angriff in dieser Phase nicht auf die Person des Soldaten oder Polizisten gerichtet, sondern gegen die Objekte, die von ihnen geschützt werden - und so werden sie selbst indirekt angegriffen. Die gewünschte psychologische Wirkung wird bei Polizisten und Soldaten nicht dadurch erreicht, daß man Aktionen macht, die ihnen ungerechtfertigt erscheinen müssen. Eine Form der "indirekten Aktion" ist die Entwaffnung von Armeemitgliedern. In einer solchen Maßnahme sind alle Garantien des Erfolgs enthalten ohne daß Blut vergossen wird (z. B. Besetzung durch eine große, zahlreiche Übermacht und durch Überrumpelung) - allerdings gibt es auch dabei das Risiko des Todes von Menschen.

Diese Taktik wird unpolitisch, wenn ihre Konsequenzen in keinem Verhältnis mehr stehen zu der Bedeutung des Ziels. Alles in allem ist die Taktik des "indirekten Angriffs" nicht anwendbar, wenn die Ziele auf die sie sich richtet, nicht tatsächlich von Bedeutung und nicht präzis genug abgesteckt worden sind. Je mehr die angewandten Mittel die Ausführung des Unternehmens betreffen, umso mehr müssen sie an dem zu erreichenden Ziel gemessen werden.

3. Die Vergeltung

Die Menschen, die dem Regime dienen, verstehen ganz gut, warum sie angegriffen werden, wenn es sich um einen Gegenschlag gegen eine stattgefundene Ungerechtigkeit (eine Folterung, einen Meuchelmord, eine Verhaftung, eine ungerechtfertigte Entlassung usw.) handelt. Ist die revolutionäre Gewalt die Antwort auf einen Willkürakt, so wird sie - selbst in der ersten Phase des Guerillakampfes - viel eher vom Volk akzepterit; denn der "indirekte Angriff" erlaubt dem Akt der Vergeltung auf Polizei oder Armee einen revolutionären Druck auszuüben. Diese Aktionen sind auf jeden Fall gerechtfertigt.

Außerdem beinhaltet diese Aktion des Gegenschlags noch ein strategisches Ziel: sie coupiert die "Klaue der Regierung". Jede revolutionäre Bewegung, die stark genug ist, sich einer Eskalation der Gewalt zu stellen (worin sie alle Möglichkeiten des Sieges hat, da sie ja verborgen, der Feind aber bekannt ist), muß dem Kampf i h r e Regeln diktieren, um den Repressalien begegnen zu können. Auf jeden Willkürakt des Feindes muß man in jedem Moment und mit der notwendigen Schnelligkeit zum Gegenschlag bereit sein. Das heißt, man muß mögliche Ziele tatsächlich angreifen wollen. Jedoch beschränkt sich die Stadtguerilla nicht darauf, der Folter und dem Meuchelmord ein Ende zu machen; die Stadtguerilla hat größere Ziele: die Polizei, die Armee, die Regierung, die Oligarchie, die Repräsentanten des Imperialismus oder des verhaßten Regimes für jeden gefangenen oder getöteten Revolutionär zu bestrafen; Zeugen und Denunzianten für ihre Erklärungen, die helfen, die Revolutionäre zu verurteilen, die Repräsentanten der Regierung und die Kapitalisten für ihre asozialen Maßnahmen zu bestrafen.

In der Tat gibt sich die Guerilla nicht damit zufrieden, der Regierung lediglich die Krallen zu stutzen, sie hackt die ganze Hand ab. In dieser Situation entstehen für die Regierung unlösbare Schwierigkeiten, sie hindert sie daran, asoziale Maßnahmen anzuwenden, und daran, einfach zu unterdrücken: so konstituiert die Taktik des Gegenschlags eine überlegene Form der Verunsicherung.

Zu bemerken ist noch, daß sich die Gegenmaßnahmen von den Willkürakten her, die sie auslösen und auf die sie antworten sollen, bestimmen. Ist eine Gegenmaßnahme dem begangenen Unrecht nicht angemessen, so ist sie nicht politisch.

4. Das Sprengstoffattentat

Dieser Typus der Aktion zeitigt selten günstige Resultate für den Guerillakampf. Es ist möglich, daß es durch die verzögerte Explosion einer Zeitbombe unschuldige Opfer unter der sich an der Stelle befindenden Bevölkerung gibt. Will man lediglich Sachschaden bezwecken, so ist es richtig, den Ort vorher zu besetzen; dies führt zum günstigsten Ergebnis und schließt außerdem zahlreiche Gefahren aus. Soll das geplante Attentat ein Individuum treffen, so ist es vorzuziehen, sich seiner zu bemächtigen und unmittelbar zu handeln.

5. Die Entführung und das revolutionäre Gefängnis

Dies ist eine Taktik, die die Stadtguerilla in einer begrenzten Form anwenden kann. Für die unzähligen Möglichkeiten, die das revolutionäre Gefängnis bietet, sind die Entführungen, die viel Lärm machen, nicht gerade das bescheidenste Mittel. Dort können Mitglieder der Regierung, Schergen der Unterdrückung, Vertreter ausländischer Regierungen, Leute in Schlüsselpositionen im eigenen Land auf unbestimmte Zeit festgesetzt werden. Viele dieser Leute sind in den Händen der Organisation, das Leben der politischen Gefangenen ist nicht in Gefahr und die Unterdrückung nicht so stark.

Die Entführungen bewirken eine Aufsplitterung der Unterdrückungsmächte, da jedes einzelne dieser Individuen geschützt werden muß, denn die Guerilla kann sie jederzeit in ihren Häusern oder auf der Strasse gefangennehmen. So zwingt die Guerilla den Feind zu außergewöhnlichen Anstrengungen, da er ja außerdem noch ständig auf der Suche nach den Gefangenen der Guerilla sein muß. Bei all dem ist noch nicht berücksichtigt, daß damit bei Verhandlungen über Austauschmodalitäten Erpressung und Druck ausgeübt werden kann.
Entführungen und Inhaftierungen in revolutionären Gefängnissen können außerdem gegen widerspenstige Chefs, die sich im Konflikt mit ihren Arbeitern befinden, angewendet werden. Das revolutionäre Gefängnis - eine Form des Gegenschlags - ist ein effektiveres Instrument der Verunsicherung als alle übrigen herkömmlichen Methoden, die Pläne der Regierung zu vereiteln.

6. Nachschubaktionen

Viel mehr als die Landguerilla basiert die Stadtguerilla auf einer soliden und ständig sich ausweitenden Infrastruktur. Sie muß sich die Räume, die sie braucht, verschaffen; ebenso technisches Material und die notwendige Ausrüstung, solange die Unterstützung aus den Massen heraus noch zu schwach ist, um sie mit allem, was sie braucht, zu versehen. Es ist nicht möglich, dies alles auf legalem Weg zu beschaffen.

Was die Bewaffnung angeht, so übernimmt die Stadtguerilla die Grundregeln der Landguerilla: sich vom Feind ernähren. Für den Kampf der Stadtguerilla gilt, daß Fahrzeuge und Wohnungen als strategische Mittel ebenso wichtig sind wie Waffen. Zur Vorbereitung der Ausführung von Aktionen muß die Guerilla große Geldsummen enteignen; mit dem Geld kann sich die Stadtguerilla ihre "Sierra Maestre" kaufen, d.h. sichere Räume, Werkstätten, technische Ausrüstung und auch die Waffen. So wird die Enteignung genauso zu einem strategischen Instrument wie Maschinen, Wagen und Waffen.

In der Periode des Übergangs von der Vorbereitung zur Aktion erweist es sich als schwierig, den Massen Enteignungen als legitime Handlungen revolutionärer Bewegungen verständlich zu machen - denn ihr Verständnis ist, daß Enteignungen Raub sind, und die werden von Verbrechern gemacht. Wenn man den Massen helfen will, die Enteignungen richtig zu verstehen, dann muß man folgende grundsätzliche Bedingung beachten: man muß deutlich machen, daß das Geld der Kapitalisten und des Staats nur genommen wird, um Vorräte wieder aufzufüllen oder Entschädigung für zerstörte Sachen zu leisten, an denen die Arbeiter ein Interesse haben. Das selbe Prinzip muß beachtet werden, wenn es um Autos geht oder um andere Ausrüstung. Die Massen verstehen die Enteignungen um so mehr, je mehr die Guerilla zur Beunruhigung der Regierung selbst übergeht.

7. Die Besetzung von Häusern

Wenn die Revolutionäre Überfälle auf Wohnungen machen, dann wenden sie die selben Mittel an wie die Repression, die ihre Wohnungen überfällt und gegen ihre Familien vorgeht. Die Stadtguerilla geht ganz genau so vor: gegen Vertreter der Unterdrückungsgewalt, der Regierung, der Oligarchie, der ausländischen Imperialisten, etc.

Eine der grundlegensten Formen der Verunsicherung wird durch dieses taktische Vorgehen begründet: es trägt den Krieg gerade in die ungestörten und sakrosankten Aufenthaltsräume der Träger von Regierung und staatlicher Gewalt im allgemeinen. So wird der Feind gezwungen, sich zu zerstreuen, dadurch, daß er alle dem möglichen Angriff ausgesetzten Ziele bewachen muß; die Menschen, die sich dadurch bedroht fühlen, werden so zu einer Art Klandestinität gezwungen, sie leben in ständiger Angst und sind in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt, sogar in ihrem eigenen Haus. Ihre Zeit ist abgelaufen, jene glückliche Zeit, als die Oligarchie ihre Soldaten noch an die Grenze schicken konnte, um dort den Feind bekämpfen zu können, auf den Straßen oder in den Bergen. Die Bedrohung im eigenen Haus kann eine Form des Drucks sein, die die Leute, die der Regierung dienen (Polizisten, Soldaten, Richter), von ihrer Verwundbarkeit überzeugt und die ihnen die Existenz einer Gegengewalt demonstriert. Sie sehen, daß diese Gegengewalt im Land selbst begründet ist, daß sie eine zweite bewaffnete Gewalt ist, die dafür sorgt, daß die Verbrechen, für die diese Typen von anderen bezahlt werden, auch bestraft werden.

8. Die Aktionen der Propagandaarmee

In den Propagandaaktionen drückt sich die Beweglichkeit der Guerilla mit am besten aus, und zwar um so mehr, als sie es mit diesem Mittel erreicht, durch Zeitungen, Manifeste, Kommuniques, das Unterbrechen von Programmen in Radio und Fernsehen sich den Massen verständlich zu machen. Eine der Formen der militanten Propaganda ist die Besetzung von Funkhäusern oder Fernsehstudios, um von dort aus Proklamationen zu verbreiten. Es hat sich auch als günstig erwiesen, diese Arbeitsstellen nach vorheriger Diskussion mit dem Personal zu besetzen - jedoch sind auch hier die Angestellten die Komplizen der Unternehmensleitung und kommen diesem Vorschlag nicht so entgegen wie die Arbeiter. Man kann außerdem die Kinos besetzen und die Manifeste an die Leinwand projizieren, oder das, was man vorlesen will, durch den Lautsprecher verbreiten, oder auch die Kommuniques an die Zuschauer verteilen. Außerdem kann man sich eines Lautsprecherwagens bemächtigen, ihn an eine ausgewählte günstige Stelle bringen lassen; die Besetzer müssen dabei gut geschützt sein, etwa in der Form, daß einer mit Megaphon nebenher geht und auf die Gefahr einer Explosion hinweist - dasselbe kann man auch durch Inschriften auf dem Wagen erreichen. Man gewinnt so Zeit, um die Botschaft zu verkünden.

Eine andere Form von Propaganda ist die Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung, die auf ihrem Transport in die Warenhäuser beschlagnahmt werden. Die beste "bewaffnete Propaganda" ist jedoch die, die sich aus den großen militärischen Aktionen ergibt; dabei muß man auch die kleinste Möglichkeit, die Vorstellungen der Guerilla durchschaubar zu machen (z.B. indem man die anwesenden Arbeiter gut behandelt, sich um die Frau kümmert, die einem Nervenschock nahe ist, etc.), ausnutzen: Geld, das irrtümlich mit dem des Kapitalisten genommen wurde, an die Angestellten zurückerstatten, einen Schaden, der unwillentlich einem Menschen zugefügt wurde, der in bescheidenen Verhältnissen lebt, wiedergutmachen - solche Maßnahmen bewirken viel besser als die beredesten Manifeste, daß die Massen die Vorhaben der Guerilla verstehen. Solche Gesten können bei den potentiellen Rekruten der Unterdrückung bewirken, daß sie nicht gegen die kämpfen, die sich so verhalten.

Die bewaffnete Propaganda muß mit sehr viel Differenzierungsvermögen eingesetzt werden. Eine Guerilla, die Propagandaaktionen macht, die auf Kosten der militärischen Aktionen gehen, entwertet sich in den Augen des Volkes selbst; tatsächlich läßt sie so den Eindruck aufkommen, daß sie eher publicity als die Vernichtung des Feindes will. Das Ergebnis wäre so genau das Gegenteil von dem, was angestrebt wurde.

In den verschiedenen Phasen des Guerillakampfes ergeben sich für die Propaganda jeweils verschiedene Funktionen. Man kann sich damit z.B. zu Beginn des Guerillakampfes an die Öffentlichkeit wenden, oder sie wird dann eingesetzt, wenn es nötig wird, den Massen den Standpunkt der Guerilla zu erklären: wenn es sich z.B. als notwendig erweisen sollte, radikale Maßnahmen zu ergreifen, oder Maßnahmen, die die Position der Guerilla nicht deutlich genug machen und daher von den Massen auch nur schwer verstanden werden.

TERMINE

MONTAG: 17⁰⁰ INFO-LEGEN abjetzt immer am Kehrigdamm 99 Keller.

DIENSTAG: 19⁰⁰ KOA in der Carmerstr. 11 ESG

MITTWOCH: FEUERWACHEN - Plenum 20⁰⁰ Wespennest

Donnerstag: 19⁰⁰ AEG-Telefunkenhaus (Raum steht am Aufzug) Vorbereitungstreff für die Kalkar-veranstaltung. möglichst war Delegierte !!

Am Donnerstag um 20⁰⁰ findet nochmal die Veranstaltung FRAUEN BOXEN OBEN OHNE in der Taverne statt. Laßt euch was einfallen ! am Freitag auch.

Montag 10.10. 19⁰⁰ TU Hörsaal 104 Indianer sprechen für ihre Völker (siehe auch Artikel)

Montag 17⁰⁰ s.o. INFO-Legen

Mittwoch 12.10. 19⁰⁰ TU (Audimax)

KALKAR-VERANST.

Am 11. oder 12.10. ist der gerichtstermin wegen Baustop in Brokdorf

DER LETZTE ANWALT AUS DEM STUTTGARTER BÜRO IST VERHAFTET

am freitag,den 3o.9.77 wurde der rechtsanwalt arndt müller um 18 uhr 15 im stuttgarter rechtsanwaltsbüro verhaftet.als um 18 uhr3o gabriele heim das büro betrat,wurde sie vorläufig festgenommen,die begründung war: " mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung."
schon während der verhaftung durchsuchten 12-15 zivile vom lka die räume des anwaltsbüros. die durchsuchung dauerte 3 1/2 stunden.
weder haftbefehle noch schriftliche begründungen wurden vorgelegt,ebensowenig lag ein durchsuchungsbefehl für die räume des büros vor.
während der durchsuchung waren vier mitarbeiterinnen und drei andere frauen,die ebenfalls zu russell arbeiten,anwesend; die telephonanrufe wurden von einsatzleiter ring(lka stuttgart) angenommen,die anrufer nach ihrem namen gefr agt.mit fragen nach personalien oder nebensächlichkeiten versuchte ein junger ziviler mit einem winzigen tonbandgerät mit den antworten die stimmen der anwesenden aufzunehmen.
auf dem vorführungstermin,der am sonnabend - trotz vorheriger mündlicher zusicherung ohne anwalt - stattfand,wurde gegen arndt der vorwurf nach § 129 a erhoben,gegen gabi der vorwurf nach §§ 129a und 88a.
beide sind damit - wie ra armin newerla und hans-joachim dellwo - auf unbestimmte zeit hinter gittern verschwunden.
zu sagen ist noch: bei der letzten festnahme von gabi - mit denselben begründungen wie jetzt - konnte arndt als anwalt von gabi sämtliche vorwürfe als ungerechtfertigt entkräften.
das neue kontaktsperregesetz wurde sofort auf beide angewendet.

nach der verhaftung von arndt gibt es keinen anwalt mehr im stuttgarter büro,der öffentlichkeit über die situation und die haftbedingungen der gefangenen in stammheim herstellen kann.

SPENDEN FÜR DIE POLITISCHE VERTEIDIGUNG:

POSTSCHECKKONTO
POSTSCHECKAMT BERLIN
KONTOINH.: U. CHRISTMANN, KONTONR.: 359828-107

SPARKASSE DER STADT BERLIN/W
KONTOINH.: U. CHRISTMANN
KONTONR.: 0990 16362

Postanschrift: Postfach 210612
1 Berlin 21
tel. 6932799
Büro: Mehringdamm 59-1 Berlin 61

Der „Rechtsstaat" bewährt sich

am sonntag,dem 2.oktober,trat das in beispielloser schnelligkeit durchs parlament gepeitschte sogenannte "kontaktsperre-gesetz"in kraft.(nur ein einziges mal ging eine gesetzesverabschiedung noch schneller: dabei ging es um die erhöhung der abgeordneten-diäten.).bundesjustizminister vogel ließ am gleichen tag die kontaktsperre für ca.siebzig gefangene in kraft treten.damit wird die sowieso schon vorher angeordnete totalisolation nachträglich legalisiert. dieses gesetz ist die gesetzliche einführung der isolationfolter,die einführung des staatlichen rechts auf rache.was dazu zu sagen ist,steht in der erklärung von rechtsanwälten,die am mittwoch auf einer pressekonferenz vorgetragen wurde..die bürgerliche presse hat darüber nichts berichtet.im folgenden drucken wir die erklärung ab,danach folgt eine erklärung von gefangenen der bewegung 2.juni.

Pressekonferenz von 16 Rechtsanwälten in Bonn am 28.9.1977

Heute hat ein gesetzgeberisches Blitzverfahren begonnen, das dazu führen soll, daß bereits Ende dieser Woche das neue Gesetz über das Verbot des Besuches von Verteidigern bei ihren inhaftierten Mandanten in Kraft treten soll.
Bundeskanzler Schmidt hat dieses Anwaltsbesuchsverbot als im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung "unabweisbar notwendig bezeichnet. Zugleich führt die immer noch aufrechterhaltene Nachrichtensperrezu dieser Entführung dazu, daß niemand, kein Parlamentarier, kein Rechtsanwalt, kein Richter und kein Journalist, die konkreten Tatsachen erfährt, welche diese "unabweisbare Notwendigkeit" angeblich begründen sollen. Eine Überprüfung dieser Behauptung ist daher für niemanden möglich. Damit hat sich der "Krisenstab" als außergesetzliche, in unserer bisherigen Rechtsordnung nirgendwo vorgesehene Instanz von aller lästigen Kontrolle befreit und über alle staatlichen Organe der gesetzgeberischen, der exekutiven und der richterlichen Gewalt zu unbeschränkter Macht aufgeschwungen.
Diese Macht stellt sich, wo sie in Gesetzesform umgegossen und durchgesetzt werden soll, nicht mehr der Diskussion im Parlament und nicht mehr der richterlichen Überprüfung. Sie hängt sich allenfalls die Gesetzesform noch lässig um wie ein Papierkleid, das offendurchblicken läßt, daß es auf die Gesetzförmigkeit nicht mehr wesentlich ankommt, sondern nur noch auf die Macht. Ein Unterschied zwischen der Anordnung des Verteidigerbesuchaverbotes durch die Justizverwaltungen seit drei Wochen einerseits und dem neuen Besuchsverbotsgesetz besteht im Wesentlichen nicht; beides legt keinen Wert auf Rechtsmäßigkeit, beides orientiert sich ausschließlich an einer nur abstrakt und generell begründeten angeblichen "Erforderlichkeit".

Damit hat an dieser Stelle ein Funktionswandel des Gesetzes-Begriffs begonnen, wie er in seinem Wesensgehalt bereits aus den Notverordnungen der Weimarer Republik und den nationalsozialistischen Recht theorien eines Carl Schmitt bekannt ist: aus der Rechtsnorm wird eine bloße Ermächtigungsnorm, die sich nicht mehr mit Maßstäben der Rechtmäßigkeit messen und überprüfen läßt, sondern allein noch mit dem Maßstab der Erforderlichkeit und der Zweckmäßigkeit Die gleichzeitige faktische Aufhebung der Gewaltenteilung entbindet von der Pflicht, diese "Erforderlichkeit" noch gegenüber irgendwelchen Stellen konkret belegen zu müssen. Damit ist zugleich ganz grundsätzlich eine Schranke überschritten, die kein swegs nur Bedeutung für einige Gefangene und ihre Verteidiger hat. Wir erinnern beispielsweise an die Diskussion über Atomkraftwerke und die dort aufgetauchte Behauptung über eine "Energiekrise" in den 80er Jahren, in der das Argument des angeblichen "übergesetzlichen Notstands" ebenfalls schon bereitgestellt ist für den Fall, daß Gerichte nicht "mitspielen" wollen.

Dieser Funktionswandel des Gesetzes-Begriffs ist schon Wirklichkeit geworden in der Umwandlung des Grundsatzes vom "übergesetzlichen Notstand" aus einem individuellen Verteidigungsrecht, wie es in § 34 StGB festgeschrieben ist und wie es gegen den staatlichen Strafanspruch nach gewissenhafter subjektiver Abwägung von Gütern und Gefahren dem einzelnen Täter gegeben ist, zur generellen Ermächtigungsnorm für die obersten Inhaber staatlicher Gewalt selbst ohne subjektive Abwägung der Beamten des nachgeordneten Staatsapparates für eine unbestimmte Vielzahl von Fällen.

Wie dann solche Maßnahmegesetze, orientiert allein an einer vorgeblichen "Erforderlichkeit", das Erfordernis der Rechtmäßigkeit, bisherige Grundlage des Rechtsstaates, über Bord werfen, zeigt exemplarisch die "Begründung" des Anwaltsbesuchsverbots: da wird nicht mehr konkret im Einzelfall begründet, sondern nur noch abstrakt und unbelegt behauptet, Das Rechtsprinzip, daß jemand nur dann für eine rechtswidrige Situation belangt werden kann, wenn er für sie verantwortlich ist, wird aufgehoben. Es reicht künftig die pauschale Behauptung, ein Häftling gehöre "terroristischen Kreisen" an,eine Straftat sei von "terroristischen Gewalttätern" verübt worden und die, wie der Bundesgerichtshof formuliert, "im Bereich des Terrorismus" verteidigenden Rechtsanwälte hätten sich bereits als Kuriere betätigt, so daß bei ihnen nicht davon auszugehen sei, es handele sich um "Personen hoher Integrität". Keine dieser Behauptungen ist wirklich belegt und es wird auch gar nicht erst versucht, sie zu belegen: dem Krisenstab hat man zu glauben, zu seinen Anweisungen hat man sich verhalten wie jene, die seinerzeit den "Führerbefehlen" die höchste aller Rechtsqualitäten zusprachen.

Konkret bedeutet diese Entwicklung für unsere Mandanten, die gegenwärtig den staatlichen Organen unkontrollierbar ausgeliefert und ohne jeden sozialen Kontakt sind, die für das Handeln anderer kollektiv bestraft wrden und die ohne jeden rechtlichen Beistand sind, daß es einen Rechtsschutz für sie nicht mehr gibt. Schützen kann sie nur noch eine Öffentlichkeit, die zu alamieren uns als einzige Verteidigungsmöglichkeit noch geblieben ist.

Für uns Verteidiger fingiert das Gesetz jetzt statt, wie bisher, Integrität generell die Komplizenschaft. Daß im übrigen der Bundesgerichtshof angeordnet hat, den Gefangenen seien für die Zeit des Anwaltsbesuchsverbotes Pflichtverteidiger zu bestellen, die das Vertrauen der zuständigen Gerichte genießen, ist der Beginn der Realisierung jener Vorschläge, nach denen in Zukunft bei politischen Gefangenen Vertrauensanwälte ganz grundsätzlich ausgeschlossen und nur noch Zwangsverteidiger zugelassen werden sollen. Für den Bereich der politischen Justiz ist damit der Rechtsstaat am Ende.

Nicht nur als Verteidiger politischer Gefangener, sondern in unserer allgemeinen Funktion als Rechtsanwälte warnen wir vor dieser Entwicklung mit höchster Dringlichkeit; das Anwaltsbesuchsverbot gegen unsere Mandanten und gegen uns ist nur ein Anfang.

E R K L Ä R U N G

Spätestens seit buback, noch deutlicher seit ponto und jetzt schleyer, ist der status der politischen gefangenen in den haftanstalten, der, von g e i s e l n !
Seit einer woche wird, unter behauptung des normal zustandes ein bislang noch nicht dagewesener isolations und-informationssperrenterror gegen uns hier drin praktiziert: anwaltsbesuchssperre - außerkraftsetzen aller richterlichen beschlüße per anordnung.
Es gibt keine legetimation für die staatsschutzjustitz, außer das kriegsrecht des übergesetzlichen - notstand; das alte faschistische ermächtigungsgesetz im kostüm des "freiheitlichen rechtsstaat".

Im zuge der forcierten counterinsurgency, ist es nur noch eine frage der zeit, bis der staatsschutz staat dazu übergeht, zu der seit jahren praktizierten isolationsfolter und vernichtungshaft an den ihm ausgelieferten politischen gefangenen, jetzt das mittel der physischen-folter-wie gegen uns am 21./22.5.77 bereits erprobt - systematisch anzuwenden. das, mit der irren erwartung, so gefolterte gefangene könnten "aussagen" machen.

s 3231 Wichtig Lesen

die die counter-these der staatsschutzorgane, das
aktionen der guerilla "aus den zellen befohlen
und gesteuert werden" beweisen und rechtfertigen
sollen,. dreck, ein dreckiges lügengebilde, nichts
sonst.
Nachdem während des letzten hunger und-durststreik
offensichtlich wurde, das die verantwortlichen die
"harte linie" durzuziehen gedenken, was nach den
anschlägen auf ponto und die bundesanwaltschaft de
n angekündigtagen rebmanns entsprach, haben wir -
um das mordkalkübl nicht zu erleichtern- unseren
hunger und-durststreik unterbrochen.
In dem baumann-interview während des hungerstreiks
im tagesspiegel vom 28.8.77 redet er, neben dem üb
lichen gedrexelten unsinn, fraktur :gibt er zu, in
seinem wirkungsbereich gibt es isolationshaft und
"dabei gibt es auch ausfälle"- was für "ausfälle"?
vier tote gefangene aus der guerilla in drei jahre
n !
CDU - lummer, dieser antikommunistische wichtigtue
r, quatscht von "privillegien" die man "uns sofort
und entschieden entziehen muß" . soll der uns mal
ein "privileg" nachweisen, das schwein.
Das kammergericht, als gesamte-instution im verhäl
tnis zu uns. mit dem begriff "befangen" nur völli
g unzureichend definiert, verschärft die isolation
staatsschutzrichter franke, als rache-gott für sei
nen erschossenen chef, holt zum rundumschlag aus:
sämtlihe büscher, informationsschriften und druck
erzeugnisse jeder art außerhalb der bürgerlichen
lumpen-presse (und die gegenwärtige auch) hat fran
ke mal grundsätzlich von der beförderung an uns au
sgeschlossen;
den für uns und die, die uns besuchen ohnehin entw
ürdigenden besuchs-modus korregiert er insoweit,
das er besucher per zwei-zeilen-beschluß willkürli
ch und kurzer-hand vom besuch bei uns ausschließt.
damit übertrifft das kammergericht in den vier woc
hen seit es für uns zuständig ist, die immerhin di
e immerhin routionierten BGH-richter um längen.

wir fordern,

den terror des "übergesetzlichen notstand" ,die vö
llige informationssperre und totalisolierung unver
züglich zu beenden.
die zentrale und berechtigte forderung der letzten
hungerstreiks nach aufhebung der isolationshaft
und der zusammenlegung von mindestens 15 gefangene
n zu interaktionfähigen gruppen zu erfüllen. zumin
dest den beschluß des BGH vom 3o.5.sofort zu reali
sieren,
die medizinische versorgung und behandlung zu gewä
hrleisten durch zulassung externer ärzte und zahn-
ärzte, die uns in der haftanstalt aufsuchen und
behandeln können;
eine unabhängige untersuchungs-kommision aus den h
umanitären verbändeb und organisationen ungehinder
t zu uns zu lassen, die sich so einen einblick übe
r unsere haftbedingungen wie sie tatsächlich sind
verschaffen, darüber berichten und informieren zu
können.
Berlin Moabit den 12.9.1977

für die gefangenen aus der (bewegung 2.juni)

„Kochbuch“ für Anarchisten

Anleitung zum Bombenbasteln in Erlanger Politladen / Prozeß in Nürnberg

NÜRNBERG (dpa) – Um die Verbreitung von Büchern und anderen Druckschriften mit gegen die Bundesrepublik gerichtetem Inhalt geht es in einem Prozeß vor einer großen Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth. Angeklagt wegen eines Verstoßes gegen das Bayerische Pressegesetz, Billigung öffentlicher Straftaten, Volksverhetzung und anderer Delikte sind ein 29jähriger Angestellter aus Hanau und ein 34 Jahre alter ehemaliger Student aus Gaganz (Landkreis Forchheim). Den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zufolge haben beide bis 1974 die Druckwerke in einem Politladen in Erlangen verkauft. Ein „Anarchistisches Kochbuch“ enthielt praktische Anleitungen, wie man Molotow-Cocktails, Brandsätze und sonstige Wurfgeschosse selbst herstellen kann.

In weiteren Druckschriften wurde der Mord an dem Berliner Richter von Drenkmann und der Bombenanschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg 1972 nicht nur sanktioniert, sondern auch begrüßt. Außerdem wurde in den Schriften die Bundesrepublik als „Schweine-System“ bezeichnet. Die Justiz wurde beschuldigt, daß sie die gefangenen RAF-Mitglieder durch Isolationshaft foltere.

Den Stein brachten zwei Mitglieder der Jungen Union ins Rollen, die Anzeige erstatteten. Der Angestellte erklärte vor Gericht, er habe in dem Laden als Buchhalter gearbeitet und nur aushilfsweise Bücher verkauft. Über ihren Inhalt hätte er nicht Bescheid gewußt. Ähnlich verteidigte sich auch der Mitangeklagte, der zu den Gründungsmitgliedern der Politladen-GmbH gehörte. Er argumentierte, man könne nicht verlangen, daß jeder Verkäufer die Bücher auf ihren strafbaren Inhalt durchlese. – Der Prozeß dauert an.

am letzten freitag fand die urteilsverkündung in die
sem prozess.der ehemalige geschäftsführer des polit-
laden erlangen bekam 2 jahre knast ohne bewährung.
das gericht hielt ihn für schuldig,gegen das waffen-
gesetz verstoßen zu haben und die brd verunglimpft
zu haben(verkauf des buches "kampf gegen die verni-
chtungshaft").
ebenfalls letzte woche wurde in karlsruhe eine kbw-
genossin zu 6monaten knast ohne bewährung verurteilt
sie war presserechtlich verantwortlich für ein flug-
blatt,das angeblich den ehemaligen generalbundesan-
walt buback beleidigte.

wir fordern alle auf,gegen die eingeleitete poli-
zeimaßnahmen nicht als privatsache zu behandeln,
sondern uns zu informieren.wir haben einen tele-
fondienst in unserem neuen büro am mehringdamm 99
eingerichtet,der die aufgabe hat,diesbezügliche
informationen zu sammeln,tips zu geben,anwälte zu
vermitteln usw.

MONTAG BIS SAMSTAG : 18 - 20 UHR
tel 693 21 99

rb

Aus gegebenem Anlaß...
EINIGE ALTE UND DOCH IMMER WIEDER NEUE TIPS ZUM
SEBSTSCHUTZ
Daß die Bullen den berühmten Sumpf gern ausdrocknen
würden, ist hinlänglich bekannt; daß sie sich damit
schwerer tun, als einige von uns denken, davon soll
ten wir zumindesten ausgehen. Sie haben zwar Compute
r, sie arbeiten mit Soziogrammen, aber, womit wie
sie füttern hängt in erster Linie von uns selber ab.
Von den Infos, die sie durch unsere eigene Schlud-
rigkeit und Sorglosigkeit kriegem. Deshalb noch ein-
mal:
1. Adressbücher gehören generell in den Ofen oder
sonst ein Feuer!!!
2. Telefonnummern, die nicht in den öffentlichen
Telefonbüchern stehen oder bei der Auskunft zu erfra
gen sind, könnt ihr
- codieren, indem ihr eine für euch feststehende
zahl zu der Nummer addiert oder von ihr abzieht, ode
r sie mit einer Zahl multipliziert, oder sie mit
Buchstaben au sdrückt usw.
- grundsätzlich Vorwahlen weglassen! Namen ändern
oder nur Anfangsbuchstaben des Vornamens verwenden.
- empfehlenswert ist es, das Telefonbuch mit Intim
feinden anzureichern. Die Bullen gehen jeder Spur
nach, also auch wenn z.b. Bankdirektoren, Unterneh
men oder Polizeibeamte drinstehen, keinesfalls aber
Genossen!!!
3. Auch fotoalben und persönliche Briefe, Tagebücher
notizzettel sind wichtige Anhaltspunkte für die ande
re Seite. Wer sich nicht ganz davon trennen mag,
sollte wenigstens Namen wegstreichen und Fotos von
Zeit zu Zeit sortiern, oder das ganze woanders depo
nieren.
4. Wenn ihr Genossen/innen anruft, geht zur nächsten
Telefonzelle! Meldet euch nicht mit Namen, Freunde u
nd Bekannte erkennen euch an der Stimme, die Bull n
nicht. Gebt keine konkreten Infos durch wie Namen,
Treffs, Termine, wer gerade mit wem und haltet euch
kurz. Fangschaltungen brauchen eine gewisse Zeit. Da
sselbe gilt erstrecht, wenn ihr von eurem Privat-
anschluß telefoniert oder dort angerufen werdet.
5. Autos und Motorräder sind grundsätzlich ein iden-
titätsnachweis. Wenn ihr Genossen/innen besucht oder
nicht allgemein bekannte Termine wahrnehmt, müßt ihr
eure Anwesenheit nicht unbedingt dokumentieren. Park
t zwei, drei viele Straßen weiter!
6. Alibiumfraben nach Großereignissen kommen zuneh
mend in Mode. Alibiumfragen, d.h. da kommen ein paar
Bullen zu jeder Tages oder Nachtzeit zu euch und
wollen auf Teufel komm raus wissen, wann ihr wo mit
wem und warum ward, ob ihr alleine seid. Wenn es kon
kret um euch selbst geht, braucht ihr den Bulln auf
Verlangen ausschleeßlich den Personalausweis zu zei
gen, und sonst garnichts. Alle weiteren Fragen mi
t dem Hinweis Hinweis abschmettern, daß man keine a
Aussage macht, xxdxxxtzixxxExxxx
7. Hausdurchsuchungen kommen plötzlich. Das macht de
n generellen Vorteil derBullen in dieser Situation
aus. Es gehört zu ihrer Taktik, Durchsuchungen zu ei
ner Zeit durchzuführen, wo du am wenigsten damit rec
hnest und auch am wenigsten widerstandfähig bist.
Trotzdem und gerade deswegen gilt: Ruhe bewahren
Motzerei ist an dieser Stelle fehl am Platz!
Wenn dugerade nicht auf die Bullen achten mußt, gek
koch dir einen Kaffee, lies Zeitung oder lenk dich s
onst ab, wenn es länger dauert. Im Einzelnen gilt
- Halt deine Wohnung schon v o r h e r sauber, und
d.h. immer. Das gilt für Diskussionspapiere, Proto
kolle, Korrespondenzen, ebenso Anmerkungen in Bücher
n und Zeitungen, die Rückschlüsse auf deine Wohnung
lassen. Wer Haschisch und Waffen in seiner Wohnung
aufbewahrt, zeigt, daß er als Gefahr für seine Mit
bewohner und sich selbst ernst zu nehmen ist.
- laß dich auf keinerlei Gepprüche mit Provokationen
von Bullen ein. Du mußt nur deine Identität nachweis
en.
- Frage nach den Hausdurchsuchungsbefehl, versuche
einen Rechtsanwalt zu benachrichtigen und Zeugen zu
alamieren.
- Beschlagnahmungenauf jeden Fall quittieren lassen.
- laß die Bullen möglichst nicht aus den Augen.
- Wenn die Durchsuchung gelaufen ist, fotografiere d
ie Räume in Beisein von Zeugen, falls die Bullen ein
Chaos hinterlassen haben.

PRAKTISCHE HILFE

1.Diesen Zettel im Flur aufhängen und immer wieder l
lesen.
2. Telefonnummer vom Anwalt auswendig lernen
3.Lest: Eschen/plogstedt Wie man mit Polizei und
Justiz die Nerver behält! Rotbuch 107 DM 5,-
4. Geht nicht liberal xx mit euch und anderen um. Fr
agt euch die Sachen gegenseitig ab, diskutiert, welc
he Probleme,Ängste jeder in Erwartung solcher Situat
ionen haf, Räumt auf!!!!!!!!!!!!!!

BULLENGEIST AN DER TU

oder

wir sollen uns keine Gedanken machen über den Polizeiterror, dem wir am 23.24.ß. auf der Fahrt nach Kalkar ausgesetzt waren-

Etwa 3oo Leute versammelten sich im Lichthaf der TU, nachdem klar war, daß wir nicht ins Audi Max reinkonnten. Die Veranstaltung selbst war schle cht angekündigt und für einige Gruppen auch zu früh angesetzt. Mit der Raumvergabe hatte es auch nicht so geklappt, wie man es sich vorgestellt hatte. Derjenige, dem man die üble Aufgabe zugeschanzt hatte, sich um das AudiMax zu kümmern kannte sich in den ganzen Verwaltungsdschungeln wohl nicht aus und wurde abgewiesen.

Da nunmal soviele Leute gekommen waren, wollte man die Veranstaltung nicht ins Wasser fallen lassen und beschloß in den Lichthof zu gehen. Schon kurze Zeit später fuhren Wannen vor. Uns ließ man noch gewähren. Offenbar brauchte das Rollkommando noch einen Dienstsiegel. Rechtsstaat ist schließlich Rechtsstaat. Nach 45 Minuten füllten sich die romanischen (hehe) Bögen mit Bullen. Sah fast schon anmutig aus. Der ehrwürdige Lichthof, stilecht olivgrüner Teppichboden (sehr bequem) weiße Statue (Heldenpose) dazwischen quillen behelmte Krieger hervor. Wir rücken enger zusammen xx und warten erst einmal ab. Der Redebeitrag wird jäh unterbrochen und eine Singergruppe spielt Lieder

von unseren Rechtsstaatshütern. War wohl angesichts dieser Situation klar, daß wir Zugabe verlangten.(ex. Feuilleton: Kritik an der Gruppe -- Ein Typ steht dominierend im Vordergrund, die anderen erscheinen so als Chor oder Hintergrund - typische Struktur im Showbusiness. - soll eine positive Anregung sein - um dies abzubauen. Feuilleton zu ende.)

Der Kanzler der TU, offenbar sehr erzürnt, erklärte uns, daß dr nicht bereit sei, die Veranstaltung zu akzeptieren. Was danach kam, hatte ein wenig den Charakter von Verhandlungen, Es wurden aber lediglich verhärtete Positionen übers Mikro bekanntgegeben. Auch der Einsatzleiter faselte ständig von Demokratieverständnis, Rechtsstaat und Hausfriedensbruch. Er forderte uns auf, die Uni zu verlassen. Naja, was soll man dann auch schon tun? Im Hinterkopf hat man dann, daß

innerhalb von einer 1/4 Stunde 1o Hundertschaften mobil gemacht sind, und was haben wir dagegen aufzubieten? Wir liefen "friedlich mit der Faust in der Tasche und Wehrt-Euch-Liedern aus der UNI.

Einschätzung:

Es fällt schwer daran zu glauben, daß die Gründe, die zur Räumung geführt haben, allein verwaltungstechnischer Natur sind. Ein Mensch x in der Position eines Kanzlers einer Universität, kann wenn er will ein Hühnerauge zudrücken. Sicher, wir hatten keine offizielle Genehmigung für den Lichthof, aber er war zu dieser Zeit nicht für andere Zwecke vorgesehen. Man gewinnt vielmehr den Eindruck, daß die Versuche, die Anti-Atom-Bewegung zu kriminalisieren, langsam fruchtet. Auch in Itzehoe wurde Der BUU eine öffentliche Kundgebung versagt, als sie protestieren wollte, daß ihre Leute vor Gericht zu 18 Monaten und hohen Geldstrafen verknackt wurden.

Wir hoffen (dies muß man leider heutzutage sagen) die Veranstaltung am 12.1o. (Mittwoch) in ähnlicher Form (ohne Bullen) durchführen zu können.

S. 3232

KB je viel desto übel

Den Schraubenschlüssel verschluckt

Die BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe)hat sich mit dem KB auseinandergesetzt, auseinandersetzen müssen! Dazu informiert im Einzelnen der lange Artikel: BUU Bürgerintitiativen Hamburg auf den folgenden Seiten. Diese Auseinandersetzung ist notwendig geworden, da sich der KB in Norddeutschland zur "Atompartei" aufgeschwungen hat. Den meisten hier in Berlin wird dieses alles wenig bekannt sein, doch ist es wichtig zu wissen, daß auch in Berlin Tendenzen bestehen, daß der KB beginnt, sein eigenes Süppchen zu kochen. Es soll hier nicht rot gemalt werden und kein Sektierertum aufgebaut werden, jedoch sollte x man/frau sich überlegen, wie wir als Unorganisierte mit dem KB zusammenarbeiten können, ohne daß wir Heft aus der Hand genommen wird.
untergebuttert werden. Wir brauchen eben als Unorganisierte länger, aufgrund unserer Lahmarschigkeit, um Aktionen,Veranstaltungen etc. zu diskutieren, als der organisatorisch besser struktuierte KB. Nicht die Schnelligkeit, sondern die inhaltlichen Positionen sind Basis der Zusammenarbeit. Und die muß man/frau diskutieren. "Atomkraft?Nein Danke" beschränkt sich beim KB daruf und geht nicht weiter, wenn esdarum geht, Industrieansiedlungen, die im Zusammenhang mit AKW's stehen, zu verhindern, so geschehen in der BUU. Neben dem AKW in Brokdorf siedeln sich mehrere Chemiekonzerne an und der KB sieht sich außer Stande, hier gemeinsam mit der BUU gemeinsam vorzugehen, obwohl der KB viele eigene "BUU"-Gruppen gebildet hat. Hier stellt sich dann die Frage des inhaltlichen Zusammenarbeitens. Und genau um diese inhaltliche Zusammenarbeit geht es - und wenn das vorhanden ist, aber das feeling beschissen ist, was sich auf die Zusammenarbeit auswirkt, sollten wir uns überlegen, ob wir auf das gegenseitige Anpissen und den ermüdenden rechthaberischen Linienstreit eingehen.

KB GEFÄHRDET AKW-CAMP IN GORLEBEN-GARTOW

KOLN
6 Juli

Aus Koln erreichte uns folgende Mitteilung:

„Vom 13. Juli bis 13. August 1977 soll am Bauplatz der geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) ein internationales Sommercamp der Atomkraftwerksgegner stattfinden (vgl. ID 178). Diese WAA in Niedersachsen ist das Kernstuck des Energieprogramms der Bundesregierung. Sie ist – einmal in Betrieb – tausendmal gefahrlicher als die geplanten bzw. bereits betriebenen AKWs. Zum Sommercamp aufgerufen haben unter anderen Robert Jungk, Heinz Brandt, Gunter Herbst (Burgerinitiative Luchow-Dannenberg), Kurt Sommer, Walter Moßmann, Fritz Storiem.

Zur Durchfuhrung des Lagers hat sich ein Vorbereitungsausschuß gebildet, in dem auch KB-Leute mitarbeiten. Jetzt ist das Lager insgesamt gefahrdet. Im „Arbeiterkampf" Nr. 107, S. 21, veroffentlichte der KB einen Artikel, in dem er die BI Luchow Dannenberg auf übelste Art und Weise diffamiert. Die BI bzw. deren „Führer"

- seien an einer Verhinderung der WAA gar nicht interessiert,
- es gehe ihnen vor allem um das Herausschlagen von Entschadigungen fur ihre eigene Tasche,
- die Arbeit der BI diene praktisch dazu, herauszubringen, wer wie geschmiert werden muss.

Nach diesem Artikel ist die BI Luchow-Dannenberg nicht mehr bereit, das Camp mitzutragen, wenn Krafte verantwortlich mitarbeiten, die die im Artikel des Arbeiterkampf beschriebene Einschatzung teilen. Voraussetzung fur eine weitere kritische, aber solidarische Zusammenarbeit im Kampf gegen die WAA sei eine klare und eindeutige Distanzierung von diesen Verleumdungen. Die restlichen Mitglieder des Vorbereitungsausschusses haben das Vorgehen des KB mit Emporung verurteilt, und es liegt jetzt am KB, ob das Lager platzt oder nicht."

Kontakt: BDP/BDJ, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt

ID 187 9.77

Männersache

In den männertreffpunkt hängematte zu gehen,dazu beflügelten mich meist meine hoffnungen und weniger das,was dort geschah.Seit einigen wochen geschieht gar nichts mehr.Nicht unbeirrt wieder ankurbeln, sondern:was ist schief gelaufen?/konsequenzen ziehen.Ich meine:laden weg!Zur einstimmung auf diese auseinandersetzung am sonntag,23.okt. 18 uhr,Dresdener 26,erinnerungs- und gedankenfetzen,subjektiv gefärbt.

Auch mich hatten zweifel ereilt an meinem tollen selbstbewußtsein als revolutionärer linker.Der in-

nige stolz,im schulaufsatz "fabrikarbeit und lebenserfüllung" eine 6 bekommen zu haben - selbstverständlich als im übrigen guter schüler...usw. In auseinandersetzungen um hausarbeit deutete sich mir später an,daß es außer linken geistesblitzen noch etwas anderes geben mußte.Aber wieder lange zeiten...wenig gelernt.Den höhepunkt meiner verunsicherung erlebte ich im warteraum einer abtreibungsklinik.

Frauen in ruhe lassen! Der wunsch,mich mit anderen männern zu treffen,denen wie mir irritierend dämmerte:die eigene verranntheit in männliche grobheit/brutalität.Daß es noch andere männer gab, die miteinander einen neuen anfang machen wollten, gab viel mut.Wir lachten uns zu.

Ungewöhnliche offenbarungen sexueller erfahrungen in einem gespräch über sterilisation,letztes jahr im august.Diese offenheit erzeugte ein zusammengehörigkeitsgefühl.Am sonntag danach fragte sich eine andere gruppenzusammensetzung,ob männer kinder wollen.In meiner betroffenheit erwähnte ich (vielleicht zu abgehoben?) Karin Struck und besondere wahrnehmungsfähigkeiten während der schwangerschaft.Keine reaktion.

Uns besser kennen lernen,wollten wir in einer immer in gleicher zusammensetzung sich treffenden gruppe:der aus 10 männern bestehenden m o n t a g s g r u p p e der neuen hängematte.Zunächst versuchte ich,zu jedermann nett zu sein.Das ging auch gut, bis ich eines abends im april "Winufried" gegenüber farbe bekennen sollte.

Er erzählte,wie wir beide uns mal im Tollste getroffen hatten.Da hatte ich bischen konversation gemacht und mich dann plötzlich zum tanzen abgesetzt.In der gruppe sagte mir Winufried,ich sei zwiespältig:erst quatschen,dann abhaun.

Ich glaubte zu wissen,daß er schwul ist,und daß es ihm schlecht geht,weil er keine freunde hat. In dieser konkreten situation war bei mir plötzlich kein bedürfnis da,ein engeres verhältnis einzugehen, sondern angst,zu einer mir lästigen hilfe verpflichtet zu werden."Ich traue mich nicht zu sagen,daß ich dich unsympathisch finde."Das habe ich wirklich gesagt.Er war den tränen nahe,sagte aber,es wär für ihn beruhigend,wieder frust zu haben.Mal keine ablehnung zu erfahren,wäre für ihn völlig unbekannt und bedrohlich.

Wir sind damals nicht dicke freunde geworden. Manchmal haben wir zusammen geblödelt.Jedenfalls war ich die mich bedrückende karitas-verpflichtung los. Aber bis heute habe ich irgendwo ein ungutes gefühl, wenn ich an die szene denke.

Wir empörten uns über das werbeplakat der männerzeitschrift "lui".Eine aktion hätte nicht einfach nur andere brandmarken müssen="frauenfeindlich " draufkleben - dazu haben wir kein recht.Sondern wir hätten sowohl unsere männliche komplizenschaft - auch ich verwerte solche bilder in meinen onaniephantasien - ausdrücken müssen,als auch unsere wünsche und versuche den eigenen körper mit all seinen teilen zu fühlen.

Wovon viele männer nur träumen oder mit hoffähigen mitteln realisieren müssen.Rolf K.aus Bielefeld hat es 10 jahre lang geschafft: In seinem haus bunkerte er eine frau ein zwecks vergewaltigungen. Vier kinder tot.BZ: "machte es (das mädchen) zu seiner heimlichen geliebten".Durch die wahl dieser formulierung bestätigt die BZ indirekt,"Veronika L's qual sei eine besondere erscheinungsform des allgemein gültigen schemas: die geliebte - der geliebte. Was für ein schema?! (zirkular der montagsgruppe)"

Wir,vor allem die redner,waren durchaus emotional am sturm unserer assoziationensketten beteiligt, rannten aber auch über ansätze hinweg,die mehr ruhe und verbindlichkeit verlangt hätten: ließen links liegen,das bestürzende sich-wiedererkennen im bullen (z.b.in Rolf K.),die "lui"-riesenwerbung oder Karin Strucks "klassenliebe","die mutter".War der assoziationsstrom mal nicht in fluß,besonders am anfang unser treffen,wurde in dieser stille der druck spürbar,einander kennenzulernen."Mit welcher frage fangen wir an?" In der stille kam selten ruhe auf,dafür fragenpein.

Was ich am schlechtesten konkret machen kann - ich müßte schon ein märchen schreiben - : ungerufen, und ohne daß reden wichtig war,konnten wir manche momente ruhig dahinfließen lassen,offen für neue spiele,das unbekannte für möglich haltend.Ein mal

die autonomie,sozusagen die kulturellen und pol. besonderheiten,des gegenüber nicht nivellieren zu wollen,sondern staunend (an) zu erkennen/wahrzunehmen,bleibt als provokation im gedächnis,wenn sich längst die gleichgültigkeit wieder eingestellt hat. Das war ja grad kein märchenhafter satz,sondern ein halb lateinischer.Die betonung liegt übrigens auf: gleichgütigkeit wieder eingestellt.Wir haben auch kein rezept,nach denen solche situationen zu erzeugen sind,für uns/oder zum an andere weitergeben.

Für die politiker sei noch erwähnt: weil autonomie voraussetzung von solidarität ist,denk ich, sind die in der hängematte aufgesparten,bekannt bedrückenden schwierigkeiten durch unsere übungen etwas kleiner geworden:schwierigkeiten solidarische verbindungen zu den kämpfen der arbeitsemigranten, Basken,gefangenen,bandarbeiter oder schwarzen herzustellen,über sonntagsdeklarationen hinaus.

Sonntags aufm p l e n u m in wöchendlicher inszenierung die diskussion: was soll der laden,was soll das plenum? Die spur einer erschütterung,ausgelöst von sich unbekannten männern,hätte oft auch kein seismograph mehr verzeichnet.Wahrscheinlich ein grund,warum durch info-anzeige einmal angelockte neue dann wegblieben.

Auch fraktionsbildung (was männern so einfällt) konnte die sonntägliche diskussion nicht verbessern: Der montagsgruppe wurde vorgeworfen,sie vernachläs-

sige jede reflexion und damit politik beim aufspühren ihrer bedürfnisse und bei auslebeversuchen.Es nützte nichts,die existenz von politischen differenzen zu bezweifeln.Die dem konflikt meiner meinung nach zugrunde liegenden beziehungen sind nicht öffentlich gemacht worden.Haargenaue veröffentl.unnötig.

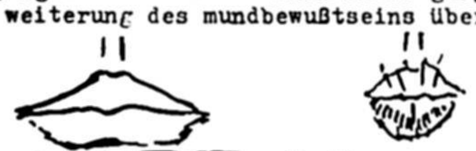
"In unseren zeiten und auf unserem planeten,heißt einen menschen kennen,ihn bis zur vivisektion ausfragen.Wir alle wissen,was das wort "frage" an sadistischem beinhaltet.Der inquisitor greift überall um sich.Einen menschen kennen,besagt eigentlich, ihm keinerlei lebensmöglichkeit lassen.Deshalb befrage ich ihn nicht.Ich betrachte ihn,betaste ihn, atme ihn ein,zutiefst erschüttert von der unbekannten kraft,die von ihm ausgeht." Ipousteguy 1974

Wir vermochten fast nur solche situationen zu erzeugen,in denen wir einander pflicht- oder fragenpeinobjekt blieben.Ein ausbruch aus dieser befangenheit war nicht das entblößen der lebens- und sexualgeschichten und das daraus entstehende intim-feeling.Dies feeling ließ manchmal vergessen,daß jeder einzelne rückhalt in seiner privatheit finden sollte und mußte.Z.b.aus meinen wg-hoffnungen ist nix geworden.Bevor wir zu einem neuen sprung aus unser befangenheit ansetzen: in welche richtung springen, wo ist das "andere ufer"?

Jetzt kommt,wie erwartet,die natürlich garantiert wirksame therapie: Statt in der hängematte zu lulatschen verordne ich

1.)zweimal wöchentlich im geretteten Spandauer forst rumlaufen.Kams,weil ich mal keinen autokrach hörte,der mich daran erinnerte,daß ich überfahren werden könnte,und überhaupt daß ich viel zu langsam,unbedeutend und ohnmächtig bin gegen die sich selbständig machenden arbeitsprodukte? - ich atmete die luft ein,roch das saftige graß,den waldboden und spührte die durch die bäume scheinende sonne auf meiner haut;irren spaß machtes zu laufen,und ich fühlte mich schön und bedeutend wie eine märchenfigur.

2.)täglich mit Weleda mundwasser gurgeln,zwecks erweiterung des mundbewußtseins über die bekannte



redefunktion hinaus.In Ihrem neuen atem werden Sie griechische lüfte - ja Diotima selbst - wiedererleben und einen kampf gegen die niederträchtigkeiten des jahrhunderts entfachen!

3.)den ärzten mißtraun!

Welcher kinderfreundliche Mensch will noch bei uns einziehen??? Tel 2510321

Pranthoch mmmschmatz

FRIEDE DEN HÜTTEN KRIEG DEN PALÄSTEN RAUCH-HAUS BUCH FERTIG!!

Vor 6 Jahren haben wir das Georg von Rauch-Haus besetzt,weil wir überallher unterdrückt wurden-in Schule,Elternhaus Betrieb,Heim usw. Umaus unserer beschissenen Lage herrauszukommen,leben wir Selbstorganisiert und Unkontrolliert. Jetzt will uns der Senat kaputt machen, indem er uns den Vertrag kündigen will. Um unsere Erfahrungen,wie wir zusammen leben und kämpfen weiterzugeben,haben wir ein neues Buch (mit dem Titel"Friede denHütten,Krieg den Palästen)geschrieben! LEST UNSER BUCH,GEBT ES WEITER,UNTERSTÜTZT UNS!!

GEORG VON RAUCH-HAUS-KOLLEKTIV

176 Seiten für 4,5o DM im Buchladen oder bei uns:Georg von Rauch-Haus-Kollektiv 1 Berlin 36 Mariannenplatz 1a,gegen Brief marken oder überweisung auf Postscheck nummer 59956-109 Thomas Sydow 1 Bln.61

PROZESS WEGEN GEFANGENENMEUTEREI

Am 23.8.77 begann im Landgericht Berlin-Moabit ein Prozeß gegen 6 Strafgefangene. Die Anklage lautet "schwere Gefangenenmeuterei" - unzulässige Zusammenrottung und Körperverletzung. Schon nach den ersten Verhandlungen war klar, daß hier ein Schauprozeß stattfinden soll, um so jeglichen Widerstand im Knast zu unterdrücken. Die gesamte Anklage ist aufgebaut auf Lügen und Verdrehungen, aber das wird das Gericht wahrscheinlich nicht an einer Verurteilung hindern. Der Vorfall, um den es geht, wird von den Gefangenen ungefähr so geschildert:

Am 18.8.76 wollte der Gefangene Vakil während der regulären Umschlußzeit zur Schachgruppe. Doch aus reiner Schikane ließen die Beamten seine Zelle geschlossen - dies ist in Tegel kein Einzelfall - besonders die ausländischen Gefangenen sind täglich der Willkür der Schließer ausgesetzt. Als Vakil dagegen proestierte protestierte, kamen mehrere Beamte auf seine Zelle, um ihn zu "beruhigen". Dabei wurde ein Beamter leicht verletzt, was später in der Presse zum Mordversuch hochgespielt wurde. Vakil wurde zusammengeprügelt und in den Arrestkeller gebracht, wo er endgültig grün und blau geschlagen wurde. Mitgefangene, die seine Schreie gehört und diesen Vorfall beobachtet hatten, beschlossen etwas zu unternehmen. Am nächsten Tag wollten einige von ihnen zur Zentrale gehen, um dort von der Anstaltsleitung zu verlangen, daß Vakil sofort aus dem Keller wieder in seine Zelle kommt, er ferner von einem Arzt seiner Wahl untersucht und behandelt wird, sowie die Diskriminierung speziell der ausländischen Gefangenen und anderer Minderheiten sofort beendet wird. An der Zentrale warteten aber schon ca. 3o Beamte, die sofort mit Schildern, Gummiknüppeln und Stuhlbeinen bewaffnet über die Gefangenen herfielen und sie zusammenschlugen. Einige wurden als "Rädelsführer" festgenommen, in Absonderungszellen geschleift und fast zu Tode geprügelt. Ein Gefangener mußte danach 2 Tage auf der Intensivstation des Westend-Krankenhauses behandelt werden. Obwohl zahlreiche Gefangene Anzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Schließer gemacht haben, passierte nichts. Sämtliche Verfahren gegen die Bullen sind eingestellt worden und sie können jetzt weiter die Gefangenen in Tegel mißhandeln.

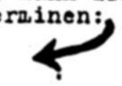
Die 6 Gefangenen aber sollen jetzt noch zusätzlich bestraft werden. Höchststrafe für Gefangenenmeuterei - 1o Jahre.

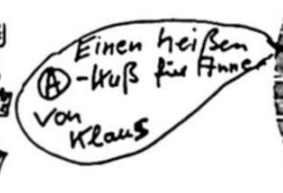
Bei dem Prozeß sind vom Gericht nur die Bullen als Belastungszeugen geladen worden. Obwohl sie ihre Aussagen offensichtlich abgesprochen haben, kommen sie bei den Fragen der Anwälte immer ganz schön ins Schleudern. So widersprechen sie sich laufend gegenseitig und widerrufen auch noch ihre Aussagen vom letzten Jahr. Jetzt haben sie sich sogar schon getroffen, um zu bereden, wie man sich gegenüber den Fragen der Anwälte verhält.

Mittlerweile wurde von der Verteidigung der Antrag gestellt, auch die Gefangenen, die den Vorfall gesehen haben, als Zeugen zu laden. Dann wird sicherlich noch klarer, daß hier nicht die Gefangenen, sondern die Bullen auf die Anklagebank gehören.

Wer sich selbst einmal ein Bild über unseren "gerechten" Strafvollzug machen will, kann das noch an folgenden Terminen:

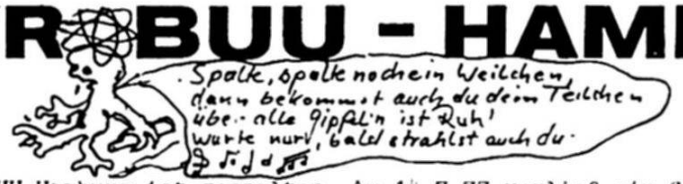
di.27.9. 8.3oh saal 606
di.4.1o 8.3oh " " 606
fr.4.11. 9.ooh " " 606
fr. 11.11., 18.11., 25.11., 2.12.
jeweils 9.ooh saal 606
Landgericht Berlin-Moabit Turmstr.91
U-Bahn Turmstr.





BÜRGERINITIATIVEN

DER BUU - HAMBURG



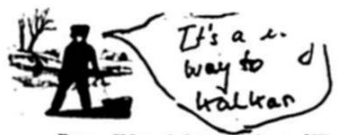
1.

Die BUU Hamburg ist gespalten. Am 14.7.77 verließ ein Großteil der anwesenden BIs das gemeinsame Plenum, da durch das Verhalten des Kommunistischen Bundes (KB) eine weitere Zusammenarbeit unmöglich geworden war. Seitdem haben sich die Hamburger BIs ohne die KB-Fraktion ein neues Koordinierungstreffen geschaffen.
Im neuen Plenum können alle Gruppen und Einzelpersonen mitarbeiten, die bereit sind, die Gleichberechtigung und Autonomie der BIs zu respektieren. Wir arbeiten auf der Basis der offenen politischen Diskussion, der Darstellung der Unterschiede zusammen. Es gibt viele bisher ungeklärte Widersprüche zwischen einzelnen Gruppen. Besonders in den Fragen der Organisierung der Arbeit, ob Delegiertensystem ja oder nein, gibt es unterschiedliche Positionen (z.B. zwischen KPD, KBW und den autonomen unorganisierten Gruppen). Diese Widersprüche sind noch lange nicht ausdiskutiert. Darum haben wir auch verschiedene Darstellungen zusammengestellt.
Mit diesem Papier wollen wir einen Beitrag zu liefern versuchen zu den Auseinandersetzungen, die in der ganzen BRD zu den Fragen der Organisierung der Arbeit laufen, zum andern wollen wir der Verwirrung entgegentreten, die der KB z.Zt. überall durch seine Diffamierungen und Lügen schafft. So hat er hier in Hamburg fast alle praktischen Aktionen wie Brokdorf I und II, 1. Mai, das Lager in Brokdorf und nicht zuletzt den Versuch sabotiert, die Rückführung der Baumaschinen zu verhindern.

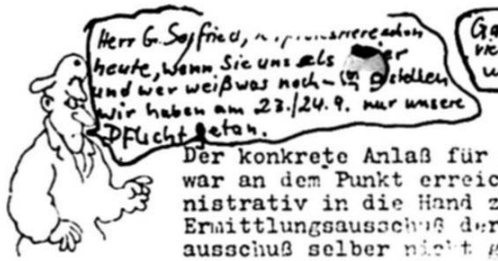
2.

Die Hamburger BUU existierte als Initiativgruppe schon seit 1975 und hat im wesentlichen konkrete Unterstützungsarbeit für die BIs in der Wilster Marsch geleistet. Von Anfang an bestand der Anspruch, parteilich, nicht parteipolitisch zu sein. Leute aus unterschiedlichsten Richtungen (Unorganisierte, Gewaltfreie, Kirschliche Mitarbeiter, WSLer, SPDler) haben solidarisch zusammengearbeitet.
Mit den ersten beiden Großkundgebungen am 30.10. und 13.11.76 bekam die Anti-AKW-Bewegung einen gewaltigen Aufschwung. Überall wurden Bürgerinitiativen gegründet, in Hamburg entstanden viele Stadtteil- und Projektgruppen, die ihre praktische Arbeit im Hamburger Plenum koordinierten.
Bis zu diesem Zeitpunkt hat der KB die Arbeit der BUU ignoriert, teilweise auch boykottiert. So weigerte er sich z.B. mit dem Argument, die Anti-AKW-Bewegung sei kleinbürgerlich, Unterschriftenlisten gegen die wasserrechtliche Genehmigung für Brokdorf in seinem Buchladen auszulegen.
Interesse an der Anti-AKW-Bewegung bekam der KB erst, als schon eine Massenbewegung entstanden war. Als die Breite der Bewegung deutlich wurde, mußte der KB Stellung beziehen, wollte er nicht seine politische Glaubwürdigkeit verlieren. Zum andern erkannte er ganz klar die Möglichkeit, dabei seine Organisation zu vergrößern. In den Rundbriefen des Leitenden Gremiums (LG) an die KB-Mitglieder wird das so gesagt: "Daß hier was 'aufgerissen' werden kann, zeigen die Erfahrungen mehrerer Einheiten ... Das heißt: Hier ist 'was drin'!" (Rundbriefe vom 3.12.76 und 4.1.77).

Ab Dezember 76 / Januar 77 schaltete der KB sich quasi mit seiner gesamten Hamburger Organisation in die BUU ein. Dabei ging es dem KB nicht darum, gleichberechtigt und solidarisch mitzuarbeiten. Er versuchte massiv, der BUU seine "Linie", seine Politik aufzudrücken. Das wird wiederum aus den Rundbriefen des LG deutlich, da heißt es hierzu, "daß - von Ausnahmen abgesehen - in den bestehenden Bürgerinitiativen bürgerliche Kräfte, Spontaneisten und teilweise sogar auch noch 'MLer' politisch 'führend' sind ..., die Situation im Hamburger Plenum zur Zeit vollständig von einer Clique von politisch Kurzsichtigen und Provokateuren monopolisiert ist ..., die zum Aufbau einer breiten politisch gefestigten Kampffront unfähig sind..." (3.12.76, 4.1.77). Darum müßte "die 'ML'/'Sponti'-Clique vollständig 'entmachtet' werden ..., diese Machenschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet, und diejenigen, die sich als besserungsunwillig (-fähig) erweisen, aus den BIs herausgedrängt werden."
Konkret hieß das dann, daß der KB in vielen Stadtteilgruppen z.T. mit 30-40 Leuten (in Eimsbüttel) auftrat oder eigene Initiativen aufmachte (z.B. "Chemiekollegen gegen AKWs"). Gelang es ihm nicht, bestehende Gruppen zu majorisieren, gründete er neue Gruppen im gleichen Stadtteil (z.B. St. Pauli, Osdorf, Altona/Ottensen) oder zum gleichen Arbeitsbereich (z.B. Gewerkschaftsinitiative). Weiter funktionierte er eigene bestehende Arbeitsgruppen in Anti-AKW-Gruppen um (z.B. Frauen). Obwohl die Absicht des KB, so das Hamburger Plenum zu majorisieren, vielen Leuten klar war, konnte - außer der Aufforderung an die KB-Initiativen, sich bestehenden Gruppen anzuschließen - nichts dagegen unternommen werden, da formal jede Anti-AKW-Initiative in das Plenum aufgenommen werden mußte.
Das Plenum der BUU-HH hatte sich ein Statut erarbeitet, ursprünglich als Kompromiß, der angeblich demokratisch Strukturen enthalten sollte, aber immer mehr dem KB als Mittel diente, seine Politik durchzusetzen. Dabei setzte er sich gerade über die wichtigen Aussagen des Statuts (über die Eigenständigkeit der Gruppen, den Empfehlungscharakter der Beschlüsse des Plenums, die mit großer Mehrheit zu fassenden Beschlüsse) unentwegt hinweg. Von daher ist es auch besonders heuchlerisch, wenn der KB mit diesen demokratischen Strukturen argumentiert.
Durch diese Art von Politik erreichte der KB im Hamburger Plenum die Delegiertenmehrheit. Seitdem wurden Vorschläge, Anträge, Aktionen, die der KB nicht für gut befand, entweder gar nicht erst diskutiert oder niedergestimmt.
Mit knappen Abstimmungsmehrheiten wurde dann die KB-Meinung als "demokratisch gefaßter Beschluß der BUU" nach außen vertreten. Formal konnte der KB sich auch immer auf die Mehrheit berufen. Praktisch bedeutet so ein quantitatives Demokratieverständnis reine Machtpolitik, bei der Minderheiten untergebuttert werden.
Besonders deutlich wurde das in den Diskussionen um die Aktivitäten der BUU zum 1. Mai. Da Bundesforschungsminister Matthöfer als Hauptredner zur Abschlußkundgebung des DGB angekündigt wurde, waren die praktisch arbeitenden BIs der Meinung, sie könnten diese Provokation nicht gefallen zu lassen und Matthöfer am Reden zu hindern - was durch Sprechchöre, Pfeifkonzerte und Farbeier auch gelang!
Der KB hingegen wollte mit "allen antikapitalistischen Kräften" während der Matthöfer-Rede den Kundgebungsplatz verlassen, um sich zur "oppositionellen Demo der Aktionseinheit zu formieren".
Die Teilnahme der BUU an der "Aktionseinheits"-Demo des KB wurde - wiederum mit knapper Mehrheit - durchgesetzt. Damit benutzte der KB die BUU erstmals auch als Aushängeschild für seine Parteipolitik, denn die "Aktionseinheit" besteht schon seit langem lediglich aus verschiedenen KB-Gruppen, die nach außen als Vertreter der Hamburger Frauen-, Jugend- oder Gewerkschaftsbewegung auftreten.

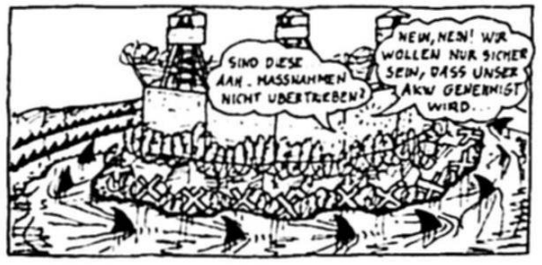


Das Flugblatt des KB, das unter der Überschrift "Aktionseinheit - was denn sonst?" herauskam, ist dann auch bezeichnend für seine Parteipolitik. Darin werden alle möglichen Strömungen von der KPD bis zu den Gewaltfreien als "opportunistisch" oder "sektiererisch" bezeichnet und des "skrupellosen Antikommunismus" bezichtigt. Übrig in dieser "Aktionseinheit" bleibt bleiben dann nur noch der KB und irgendwelche imaginären "fortschrittlichen Kräfte".
Darüberhinaus ist der Versuch, die Anti-AKW-Bewegung als Ganze auf Antikapitalismus und Sozialismus festzulegen, eine nicht tragbare Einengung, da alle diejenigen, die zwar gegen das Atomprogramm, damit aber nicht automatisch für den Sozialismus sind, bei dieser Orientierung unter den Tisch fallen.
Das Atomprogramm werden wir nur dann verhindern können, wenn die Breite der Bewegung in einer tatsächlichen Aktionseinheit zum Ausdruck kommt. Das heißt: eine gleichberechtigte Teilnahme aller AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit oder Orientierung - und unabhängig von den jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protests. Gleichberechtigte Teilnahme bedeutet, daß keine politische Strömung versucht, die "Oberherrschaft" oder "Führung" über die BIs zu erlangen; bedeutet auch, Kompromisse zu schließen und auf parteispezifische Forderungen zu verzichten. Dabei kann es keine Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit geben. So geht es nicht an, daß die BIs irgendwelche "Beschlüsse" des Delegiertenplenums in ihrer Arbeit praktisch umsetzen sollen - wie der KB des öfteren verlangt hat - um so zu Sachen gezwungen werden, die sie von sich aus nicht vertreten können.
Der Begriff "Aktionseinheit" beinhaltet, daß es nicht um eine Aktionsmehrheit geht, sondern um die Einheit der Bewegung.
Der politische und soziale Pluralismus der Anti-AKW-Bewegung muß beachtet werden. Aktionen einer Bürgerinitiativbewegung können nicht als fraktionelle Unternehmen gestartet werden, auch wenn eine Fraktion eine Mehrheit für sich hat (solche Aktionen sollten dann im Namen und auf Rechnung dieser Fraktion gemacht werden).
Für uns heißt das alles, daß es Unvereinbarkeitsbeschlüsse lediglich gegen Machtpolitik gibt.
Der KB hat die Prinzipien der Aktionseinheit schändlich verletzt.
So lief in der letzten Zeit in der BUU von seiner Seite eine beispiellose Hetz- und Lügenkampagne im Plenum, in seinen Zeitungen und Flugblättern. Die Palette reichte von Mißbilligungs- und Verurteilungs- bis zu Ausschlußanträgen gegen einzelne Leute, ganze BIs oder das sog. Montagsplenum - hier treffen sich seit Ende März viele Unorganisierte der BUU, um ihre praktische Arbeit zu koordinieren, was im Plenum schon seit langem nicht mehr möglich war. Unter dem Motto: die Widersprüche vorantreiben, um endlich die Spaltung vollziehen zu können - das ist von leitenden KB-Mitgliedern beweisbar vertreten worden - wurden die Auseinandersetzungen vom KB auf die Spitze getrieben. Ein Schritt war z.B. sein Antrag im Plenum, der Positionen von Leuten des "Montagsplenums" auf das Schärfste verurteilte, als "antikommunistisch, provokatorisch und schädlich" darstellte und eine Distanzierung verlangte. Zum Kräfteverhältnis: dieser Antrag ist im Plenum mit 44:39 Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen worden.
Aufgrund der Situation in der Hamburger BUU resignierten zahlreiche Leute. Zum Plenum erschienen immer weniger Vertreter der BIs, da eine Diskussion und Klärung unterschiedlicher Standpunkte und eine Koordinierung der praktischen Arbeit nicht mehr möglich war.
Da der KB in den Stadtteilgruppen, in denen er die Mehrheit stellte, die gleiche Machtpolitik betrieb, zogen viele Unorganisierte die Konsequenz, aus so einer Gruppe rauszugehen. So z.B. in Bergedorf, Rahlstedt, Barmbek, St. Pauli usw.



Der konkrete Anlaß für die organisatorische Spaltung der Buu-HH war an dem Punkt erreicht, wo der KB versuchte, die BUU auch administrativ in die Hand zu bekommen. Dabei versuchte er zunächst, den Ermittlungsausschuß der BUU zu übernehmen. Da das im Ermittlungsausschuß selber nicht gelang, brachte der KB Anträge im Plenum ein, die vorschlugen: "dem Ermittlungsausschuß kann von den BIs (sprich KB-Delegiertenmehrheit) das Mißtrauen ausgesprochen werden. Er hat sich dann aufzulösen und sämtliches Material und Geld an die von den BIs bestimmten Nachfolger herauszugeben". Dieser Vorschlag wurde vom KB eingebracht, nachdem Mitglieder des "Initiativkomitees Arbeiterhilfe" hintenherum und über private Kontakte versucht hatten, an das Prozeßmaterial des Ermittlungsausschusses heranzukommen!
Der Ermittlungsausschuß arbeitete (und arbeitet noch) als eigenständige Funktionsgruppe der BUU. Er bestand lange bevor der KB die BUU auf der Platte hatte.
Der KB wollte dem Ermittlungsauschuß sowie dem Saniausschuß in den zurückliegenden Diskussionen um das Statut diese Eigenständigkeit absprechen, indem er den beiden Ausschüssen kein Stimmrecht zuerkennen wollte und verlangte, die Ausschußmitglieder sollten sich auf die einzelnen Stadtteile aufteilen.
Das ist damals im Plenum von den meisten BIs nicht angenommen worden. Das der Ermittlungsausschuß, ebenso wie der Saniausschuß ihre Arbeit im Plenum zur Diskussion stellen und auch bereit sein müssen, evtl. Kritiken der BIs anzunehmen, ist eine Selbstverständlichkeit. Es kann aber nicht angehen, daß dies aus dem Grund geschieht, sich für eine politische Organisation funktionalisieren zu lassen.
Die Mitglieder der Ausschüsse können nicht nur im Auftrag der Stadtteilgruppen als technische Funktionsträger arbeiten. Sie haben ganz bestimmte Aufgaben innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und müssen deshalb gleichberechtigt mitbestimmen.
Zweitens beantragte der KB die Einrichtung eines Sprechergremiums, das dann die KB-Einschätzung den Medien und der Öffentlichkeit als die Meinung der BUU präsentiert. "Bei Uneinigkeit innerhalb der Sprechergruppe und für wichtige Entscheidungen muß das Plenum zur Abstimmung aufgefordert werden." D.h., sowie die Unorganisierten Widersprüche gegen die Verlautbarungen haben, entscheidet die Delegiertenmehrheit des KB.
Klar, daß diese Anträge (und ihre demokratische Abstimmung) nur mit dem Auszug der Opposition beantwortet werden konnten. Am 14.7. zogen alle Teilnehmer des Montagsplenums, Unorganisierte, autonome Gruppen, GIM, KPD, KBW usw. aus. Der KB und die von ihm dominierten BIs blieben allein in der ESG zurück. Seitdem gibt es in Hamburg ein neues Plenum. Inzwischen treten namhafte Leute des KB als Sprecher der "BUU-Hamburg" auf. Das KB-eigene "Initiativkomitee Arbeiterhilfe" wurde zum "Ermittlungsausschuß der BUU-Hamburg befördert.

3.
"Wir haben lange Zeit versucht, eine organisatorische Spaltung des Hamburger BUU-Plenums zu vermeiden. Dies, obwohl die Machtpolitik des KB die Polarisierung in den einzelnen BIs immer mehr verschärft hat und viele Mitglieder die vom KB beherrschten Gruppen verließen, weil sie keine Möglichkeit sahen, ihre Vorstellungen einzubringen. Auch der Versuch, das ESG-Plenum hauptsächlich dazu zu benutzen, um über unsere Vorhaben, uns bekannt gewordene Termine und Vorgänge zu



informieren und von anderen Gruppen und Organisationen solche Informationen zu erhalten, ist an den Geschäftsordnungspraktiken des KB gescheitert. So steht seit fünf Wochen das Lager in Brokdorf auf der Tagesordnung, ohne daß bisher ein Wort dazu gesagt werden konnte. Die meiste Zeit nehmen seit Monaten die Mißbilligungs-, Verurteilungs- und Ausschlußanträge gegen mißliebige Gruppen in Anspruch: Spontiund ML-Szene, Bastelgruppen, KBW, KPD, Fischmarkt, AK Ökologie, Gewerkschaftsinitiative, Schulterblatt, Montagsplenum, Eppendorf, Ermittlungsausschuß, St. Georg waren bisher die Zielscheibe für solche Anträge.
Dem KB ist seit langem bekannt, daß hier die Toleranzgrenze derjenigen liegt, die zwar mit dem KB zusammenarbeiten, sich aber nicht von ihm vereinnahmen lassen wollen. Jetzt können wir auf diese Verstöße schlechdings nicht anders reagieren, als uns vom KB und den mit ihm sympathisierenden BIs zu trennen." (Aus einer Stellungnahme von Leuten aus den Gruppen Eimsbüttel-Alt und Innenstadt/Neustatt, 16.7.77)

4.
Bei Aufrufen für Veranstaltungen und Aktionen und bei der Arbeit in den Stadtteilen muß ständig bedacht werden, wen wir ansprechen. Der KB ist in aller Regel der Meinung, man solle und könne nur "die Fortschrittlichen" ansprechen, solche, die zumindest schon von der Gefährlichkeit der Atomenergie überzeugt sind. Daher lehnt er Formen der Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. Hausbesuche meistens ab, da sie "zu ungezielt" seien.. Der KB überträgt die Arbeitsformen seiner Organisation auf die Anti-AKW-Bewegung. "Die Fortschrittlichen" sind dann die, von denen der KB annimmt, daß sie in einer bestimmten Zeit für die Positionen des KB gewonnen werden können.

Besonders schädlich wird diese Einstellung bei der Zusammenarbeit mit den BIs, die sich an vorgesehenen Standorten von Atomanlagen gebildet haben. Da sie eigentlich alle im Sinn des KB nicht "fortschrittlich" sind, neigt der KB dazu, sie eher zu bekämpfen und zu "entlarven", als sich solidarisch mit ihnen auseinanderzusetzen. Herausragendes Beispiel sind die Angriffe des KB auf die BI Lüchow-Dannenberg (Gorleben), die in die Nähe der Schwindel-BI von Bergkamen gerückt wird (AK 1o7). Dieses Verhalten wurde vom KB auch während des Sommercamps in Gartow nicht revidiert.
Wir wollen demgegenüber auch weitere Menschen für die Anti-AKW-Bewegung gewinnen, auch solche verunsichern oder überzeugen, die bislang noch auf die Tricks der Betreiber hereinfallen. Wir halten eine Zusammenarbeit auch mit solchen Menschen für möglich, mit denen wir außer der Ablehnung der Atomenergie nichts gemeinsam haben. Sogenannten "Örtlichen" BIs treten wir mit solidarischer Kritik gegenüber, wir berücksichtigen ihre Erfahrungen und sehen die Notwendigkeit, daß sie ihre eigenen Lernprozesse machen.
Auf dieser Grundlage war es auch möglich, in der Wilstermarsch zu einer neuen Zusammenarbeit zu kommen. Das Lager in Brokdorf wurde von einer ganzen Reihe von "örtlichen BIs" unterstützt. Das konnte nur dadurch gelingen, daß der Plan, ein solches Lager zu machen, offen mit den BIs diskutiert wurde und an sie keine Ansprüche gestellt wurden.

5.
Seit den Aktionen in Malville und vorher schon in Vorbereitung der Prozeßwelle (Brokdorf II, Grohnde) wird in der Anti-AKW-Bewegung diskutiert, wie die Solidarität mit den verfolgten und verwundeten AKW-Gegnern aussehen sollte. Der KB betreibt eine besondere Repressions- und Justizkampagne. Er stellt diese Kampagne gleichberechtigt neben die Fortführung des Kampfes gegen die Atomanlagen. Für ihn steht die Repression der AKW-Gegner hauptsächlich im Zusammenhang mit der allgemeinen Repression in der BRD, dem Ausbau des Staatsapparates, der vom KB sogenannten "Faschisierung von Staat und Gesellschaft". So erscheinen in dem von der KB-BUU herausgegebenen Aufruf zur Malville-Solidarität die Forderungen zum Stop des Schnellen Brüters nur noch unter "ferner liefen", so wandten sich KB-Mit[illegible] der gegen die Aufnahme der Forderung "Kein AKW in Grohnde und auch nicht anderswo" in den Text einer Unterschriftensammlung zur Solidarität mit den [illegible]ten.

Unsere Antwort auf die staatliche Unterdrückung ist, den Kampf gegen die Atomanlagen verstärkt weiter zu führen. Das ist auch die Grundlage für konkrete Solidaritätsaktionen mit den verfolgten und verwundeteten AKW-Gegnern.
Ein Beispiel unserer konkreten Solidarität ist Bernd L., einer der Grohndedemonstrationsangeklagten. Er mußte sich in Hamburg jede Woche auf der Polizeiwache melden. Wir haben ihn mehrere Male "begleitet", z.T. mit 3oo Leuten. Damit haben wir erreicht was wir wollten, die Meldepflicht wurde aufgehoben!
Der KB bezeichnete diese Aktion als abenteuerlich.
Besonders deutlich wird dieser Widerspruch an der Diskussion um das Camp in Brokdorf. Während der KB zunächst die Diskussion im - damals noch "gemeinsamen" - Plenum verhinderte, lehnte er eine Beteiligung oder Unterstützung des Lagers (als es angefangen hatte) ab mit dem "Argument", das schadet der Malville-Solidarität. Auch die Mobilisierung bei Räumungsalarm hat er boykottiert.
Wir dagegen haben zur Malville-Solidarität ein Flugblatt herausgegeben mit der Überschrift "Unsere Antwort auf Malville - wir verhindern den Bau des AKW Brokdorf". Wir halten es für am Wichtigsten, wenn wir das verstärkt fortsetzen, wofür einige stellvertretend für alle verfolgt werden: den Widerstand gegen die Atomanlagen.

6.
Wir kritisieren nicht, daß der KB als politische Organisation Fehler macht; das steht nicht im Vordergrund. Sondern, daß er durch seine kleinbürgerliche Machtpolitik (ob etwas richtig oder falsch ist, entscheidet seine Delegiertenmehrheit) zu einer offenen Auseinandersetzung und eventuellen Selbstkritik nicht in der Lage und auch nicht bereit ist.
Wir fordern aus all diesen Gründen den KB auf, seine Politik offen zu vertreten und den Namen der BUU nicht als Aushängeschild zu benutzen.

Die gegenwärtige Arbeitsweise unseres Plenums ist:
Informationsaustausch, gegenseitige Unterstützung, Koordinierung gemeinsamer Aktionen, Diskussion politischer Grundlagen, Darstellung der unterschiedlichen Auffassungen.
Die Gruppen arbeiten autonom und gleichberechtigt miteinander. Sie stellen im Plenum ihre Vorschläge dar,und stellen fest,wer sich diesen Vorschlägen anschließt.Z.B.: Folgende Gruppen der BUU-HH und der Marschenkonferenz schlagen vor,ein Lager in Brokdorf durchzuführen.Die Frage ist dann,wer sich anschließt.Und zwar nicht einfach nur durch "Finger-hochhalten",sondern nach intensiver Diskussion.Die Gruppen sagen dann,wie sie sich das Lager vorstellen und wieviele Leute daran teilnehmen.
Flugblätter und Resolutionen werden vorgestellt,begründet,diskutiert;es wird festgestellt,welche Gruppen sich anschließen wollen, diese Gruppen unterzeichnen.

Es [illegible] mindestens für eine Übergangszeit außerhalb Hamburgs sc[illegible] sein,Publikationen mit dem Namen "BUU" oder "Ermittlungsau[illegible]" politisch zuzuordnen.
merkt Euch bitte folgenden wichtigen Unterschied:
Ermittlungsausschuß" der KB-BUU
Curd-Jürgen Pölscher,Hellkamp 53 a,2 Hamburg 19

(Alter) Ermittlungsausschuß der BUU
Klaus - Dieter Romeikat
Rappstraße 13, 2 Hamburg 13

!

Die Adresse der BUU (ohne KB) ist:

Anti - AKW - Laden
Lutterothstr. 3[illegible] 2 Hamburg 19
Tel.: 040 / 40 [illegible]2

Über den Laden könnt Ihr bis jetzt 17 Stadtteilgruppen,sowie den Ermittlungs - und Sanitätsausschuß erreichen.

Argentinien in der BRD....

oder, was einem auf dem Weg nach KALKAR alles passieren kann :

Wir sind am Freitag abend um 19h mit gemischten Gefühlen losgefahren, da keiner so recht einschätzen konnte, was unterwegs und in Kalkar selbst alles auf uns zukommen würde. Sicherheitshalber nahm ich meinen Helm , Brille u.s.w mit.

Auf der Avus fing das Schauspiel dann schon an: Alle 10 km stand ein Bullenwagen, der sobald ein auffälliges Fahrzeug vorbei kam es mit "FOLGEN" und Kelle an der Ausfahrt Hüttenweg rauswinkten, wo diese Fahrzeuge von einigen Hundert Bullen erwartet wurden. Mehr aus Zufall konnte ich diese Sperre noch durchfahren und kam so gegen halb acht an Dreilinden an. Dort wollten wir auf das Konvoi warten, stellten uns also auf den Parkplatz und wurden auch gleich von zwei Bullen aufgesucht, die allerdings nur sehr oberflächlich meinen Wagen durchsuchten.
Gleichzeitig fuhren schon vereinzelt gekennzeichnete Wagen vom Konvoi über die Grenze, denen wir uns anschlossen. In Magdeburg trafen wir dann ungefähr 80 AKW-Gegner, mit denen wir gemeinsam bis Helmstedt fuhren. Dort fing der Spaß dann richtig an, rechts ran fahren, auspacken... Helme, Gasmasken, Brillen, Zitrone usw. wurden beschlagnahmt(Ein aufgebot von ca 80 Bullern mit MPs zu ihrer eigenen Sicherheit !) Gegen Quittung ließen wir einen Großteil unserer Ausrüstungen zurück. Die ganze prozedur dauerte ungefähr 2 Std so daß wir erst gegen halb eins weiterfahren konnten.

Kurz hinter Hannover kam die Schärfste Kontrolle. Der gesamte Verkehr wurde von der Autobahn über einen Parkplatz geleitet, auf dem wir von rund 2-300 BGSlern und Bullen nochmal genau durchsucht wurden. Sie vergaßen auch nicht die Handschuhfächer, Ablagen u.ä. Ich mußte sogar im R4 die Rückbank hochklappen, da man darunter ja so viel verstecken kann. Natürlich blieb auch die Leibesvisitation nicht aus. An dieser Sperre wurde mir ein Satz Stoßdämpfer sichergestellt (Schlagwaffen !!), die ich mir von MO-FR zu den üblichen Geschäftszeiten wieder abholen kann .
Bis wir endlich weiterfahren konnten, war es schon nach 2 Uhr. Die nächsten hundert Km verliefen dann auch ohne Kontrollen, erst xxxxx 20 km vor Rhynern wurden wir wieder von der Autobahn runtergewunken und durften nochmal unser Auto ausräumen. Wie üblich standen wieder ungefähr 10 Bullen mit MP im Anschlag um unser Auto rum und diskutierten, ob sie meinen Reservekanister und eine Fischeleine bexchlagnahmen sollen oder nicht. Nach ewig langer wartezeit bekamen wir endlich unsere Pässe zurück und konnten weiterfahren. In Rhynern kamen wir ungefähr gleichzeitig mit dem Bielefelder Konvoi um 5 Uhr an, ließen natürlich auch ein 5.mal unser Auto durchsuchen. Hier wollten wir auf die Berliner Busse und PKWs warten, um dann gemeinsam zu den neuen Treffpunkt in Duisburg zu fahren. Um 8 Uhr drang dann die Nachricht durch, die Bulln hätten in Duisburg dichtgemacht, und ließen nur alle 5 min ein Auto durch. Wir beschlossen deshalb, obwohl die Berliner Busse noch nicht eingetroffen waren, loszufahren. Jede Min wurde ein Auto durchgelassen, bei Tempo 30-40 konnten wir jedoch recht schnell aufschließen, und fuhren so die nächsten 10 km im Konvoi, bis die ersten 5 Autos,unter denen wir uns befanden von der Autobahn runtergewunken wurden und auch nicht mehr drauf fahren durften. An der nächsten Auff-hrt hatten wir dann jedoch Glück. Dort kamen wir in ein Km-langes Stau, verursacht durch die Bullen, die damit beschäftigt waren, das restliche Konvoi rauszuwinken. Dies mal kamen wir noch so davon und inzwischen nur noch mit zwei Autos fuhren wir bis Duisburg. Von dort aus sollte dann in Konvoi nach Kalkar losfahren, da uns das Konvoi-fahren jedoch als recht unsinnig erschien, wir wurden ja doch dauernd auseinander gepflückt, wollten wir versuchen uns alleine durchzuschlagen. Wir trafen dann auch noch 3 Berliner PKWs, mit denen wir gemeinsam weiterfuhren.Die nächste Sperre ließ natürlich nicht lange auf sich warten. Mit der Zusicherung, dies sei unsere letzte Durchsuchung ließen wir es widerwillig mit uns geschehen. Es war inzwischen auch schon nach 13h bis wir weiterfahren durften, bis zur nächsten Sperre rund xx5km weiter. Diesmal blieben wir jedoch in den Autos sitzen, trotz der Aufforderung auszusteigen und den Wagen auszupacken. Nach einigen Minuten ließ man uns dann schließlich undurchsucht weiter.
10 Km vor Kalkar war dann die letzte Sperre, die wir aber auf schleichwegen umgehen konnten. Gegen 14h 3o waren wir dann endlich bis ein km vor Kalkar vorgedrungen, wo wir unsere Autos abstellten und zum Marktplatz liefen.
Dort war die Kundgebung gerade voll im Gange, und es wurde über eine Demonstration zum Bauplatzx diskutiert. So nach und nach xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx trafen wir dannauch die Berliner wieder und erfuhren, daß die Berliner Busse nach Hannover nicht mehr weiterfahren durften, da die Busfahrer schon zu lange hinterm Steuer saßen. Außerdem kamen ungefähr 3ooo Franzosen nicht über die Grenze, und in Hamburg wurden auch noch 2ooo Demonstranten festgehalten.
gegen 16h3o ging dann der Demonstrationszug Richtung Bauplatz los, wo jedoch schon nicht mehr alle Anwesenden mitgingen, da einige Busse bereits um 18h wieder zurückfuhren. Der Demonstrationszug bewegte sich in einem großen Bogen zum Bauplatz, bzw. zur gegenüberliegenden Wiese des Bauern Maaß . Von der Demonstrationsspitze drangen nur recht selten irgendwelche Informationen, ob es Bullensperren gab oder wo jetzt eigentlich die Abschlußkundgebung gehalten werden sollte (die Wiese war ja als Kundgebungsort nicht genehmigt worden) bis zu den hinteren Blocks durch. Gegen 2oh kamen wir dann auf der Wiese an, wo die Abschlußkundgebung allerdings auch schon wieder beendet war. Unterwegs gab es keinerlei Konfrontationen mit dan Bullen. Rechts von der Wiese konnte man den Von einer Mauer umgebenen und von massig Bullen beschützten Bauplatz des Schnellen Brüters bewundern.
Total müde und ziemlich gefrustet gingen wir nun den direkten Weg nach kalkar zurück.
Es hat mich schon ziemlich beeindruckt, daß trotz der vielen Polizeisperren und Verzögerungsmanöver rund 5o ooo AKW-Gegner nach Kalkar gekommen sind. Wir sollten uns auch nicht einschüchtern lassen, und nach wie vor in Zukunft vielleicht etwas früher abfahren zu solchen Demos.
Die Leute, denen irgendwelche Gegenstände beschlagnahmt worden sind, sollten sich vielleicht auch mal überlegen wie man gerichtlich dagegen vorgehen kann zumindest aber Einspruch erheben, damit "Unsere Freunde und Helfer" auch nachträglich noch ein bischen Arbeit haben.
Ich finde es auch für zukünftige Demonstrationen recht sinnvoll bereits vorher an den Demoorten einen Treffpunkt für Berliner auszumachen, da das Konvoi doch nicht geschlossen ankommt, und so auch für einzelne PKWs eher die Möglichkeit besteht, im gemeinsamen Block und nicht wie in Kalkar in drei Berliner Blocks oder teilweise einzeln rumzulaufen.

Willi Sau Keine Keen on Shilling ... Scheiß" Olaf

Ich grüße Alle, die in Kalkar waren. Right on !!

Gericht: „Sich-Zieren" ist bei Frauen allgemein üblich

TP 28.9.77

38jähriger Mann von der Anklage der Vergewaltigung freigesprochen

Mit einem Freispruch endete gestern der Prozeß vor einem Schöffengericht gegen einen 38jährigen Mann, der angeklagt war, am 16. Juli dieses Jahres eine 22jährige Frau in seiner Wohnung vergewaltigt zu haben.

Zu dem Vorfall war es gekommen, nachdem sich die neue Frau auf eine Kontaktanzeige des Angeklagten in einer Zeitschrift gemeldet hatte. Da sie dem Angeklagten nach einer Verabredung freiwillig in dessen Wohnung gefolgt war und der Angeklagte sie dort nach ihren eigenen Aussagen weder bedroht noch mißhandelt hatte, vermeinte das Gericht eine für den Tatbestand der Vergewaltigung erforderliche Gewaltanwendung seitens des Angeklagten.

In seiner Aussage hatte der Mann erklärt, die Frau habe sich zunächst geweigert, mit ihm ins Bett zu gehen, und habe sich auch, als er gegen ihren Willen anfing sie auszuziehen, heftig gesträubt. „Ich habe mich so verhalten, wie sich in dieser Situation fast jeder andere Mann verhalten hätte", führte er zu seiner Entschuldigung an.

Das Gericht hielt ihm zugute, er habe an dem Gesamtverhalten der Frau nicht erkennen können, daß sie ihre Weigerung ernst meinte. Aufgrund der Annonce, in der es unter anderem hieß „Sympathisches Mädchen zum Reden und Schweigen, Spielen und Toben, für Zärtlichkeit und Unternehmungen gesucht", habe über die erotischen Absichten des Angeklagten kein Zweifel bestehen können. Da sich die Zeugin mit ihm verabredet habe und ihm anschließend am späten Abend in seine Wohnung gefolgt sei, habe der Angeklagte allen Grund gehabt, ihre Weigerung als ein „Sich-Zieren" zu verstehen, das bei Frauen allgemein üblich sei. Re

Kohls unbedingte Wehrbereitschaft

„Wer Handgranaten und Munition in seinem Kühlschrank lagert, muß nicht unbedingt ein Terrorist sein." Oppositionsführer Helmut Kohl gab zu bedenken, daß sich in dieser Form auch ein hochentwickelter Wehrwille äußern kann. „Ich habe sogar Tretminen in der Tiefkühltruhe", sagte Kohl wörtlich und fuhr fort: „Ich bin doch nun wirklich harmlos!"

„Bitte die Bäume nicht schütteln, sonst fallen Polizisten herunter"

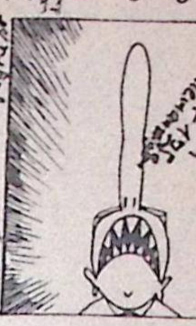
Kleinanzeigen

WUSEL einen sauliebem Gruß aus [illegible]

S. 3239

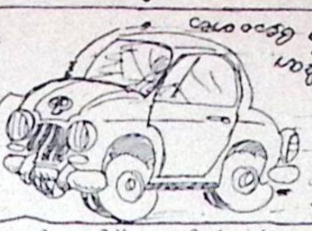
Wenn ihr eure Kleinanzeigen tippt erspart ihr uns viel Menge Arbeit. Das kann doch wohl nicht so schwer sein!! genau! he!

Hey Uwe, ich liebe dich ganz doll



Hallo ihr charlottenburger Laden-Leute Wenden wir doch endlich mal wieder aktiv!

Gruß an Sybille und Kalli



Lieber Kadan ich liebe dich

Hast du schon gewusst?

Wo ist denn der Sinn dieser Diskussion!!

Grüße und an Ilse Sylvia

Harald, danke für den Fernseher, 2.+3. ist die immer besser... Be

Also ihr, die ihr es noch nicht wißt: Die 4. Nummer der K*36 ist erschienen! Erhältlich in der Rose u. im Keller. Sehr gut übrigens wirklich

2 frauen suchen längerfristig ne Wg zu wohnen. Wie sieht es eugentlich mit der WG'-Initiative aus, existiert die noch???? Außerdem brauche ich jemand, der einen kaputten Verstärker und eine Nähmaschine (transportiert nicht mehr) reparieren kann. Tel. 2152155 gaby

Wir suchen für ein alternatvies Projekt ein Laden, wo man kunstgewerbliche Sachen verkaufen kann. Wenn ihr was wisst, ruft bitte Klaus 4931372 oder Wolfgang an 215 3635 Wenns konkreter wird, erzähln wir euch mehr!

Verkaufen einen defekten el.durchlauferhitzer.tel.7518487 repartur ist nicht unmöglich.

Wir suchen ganz dringen eine 2 whg jetzt schon mittl erweile egal wo.tel.7518485 heidi+klaus.

Die Rauch-Haus Doku ist übrigens da. sehr gut

HARTMUT!! Hoffe dich wieder am [illegible] zu treffen. DET

Grüße alle Fraks HU HU HU HI HI HA HA

Klaus grüßt Bärbel aud Tempelhof, damit du diesmal beim lesen der Kleinanzeigen nicht frustig bist.

Ich grüße mich jetzt auch mal, weil man, mich immer vergisst. Der TIPPER?

ICH GRÜßE MEINEN KOB!? (Plattkopp)(PLATTKOBB)

Viele Grüße an die 64. Vergesst nicht die Infos abzuholen! Beta ist ein dufter Hund!

2 Frauen suchen längerfristig ne WG zum wohnen. Wie sieht es denn mit der WG-Initiative aus? Existiert die noch? Anmerkung der Tipperin: die hat sich schon vor einem 3/4 Jahr aufgelöst, werdet doch mal selbst initiativ! Außerdem brauche ich noch jemanden, der einen kaputten Verstärker und eine Nähmashine (transportiert nicht mehr) reparieren kann. 251 21 55 gaby

Nochmal in Sachen ÖLRADIATOR: der liebe Mensch der schonmal wegen dem Ding anrief, soll nochmal anrufen und seine Adresse und Namen nochmal durchgeben!! Am besten buchstabieren: A wie Anarchiia, B wie Bahnhof u.s.w. ——> Telefon: 6 14 10 40

Suche dringend Nachmieter für 1 1/2 Zimmerwhg in K 36 tel614 74 33 Rosi

Hallo Wolfgang! Hab deine Telefonnummer verloren, ruf mich doch mal an 782 60 45 Doro

ACHTUNG PUW ACHTUNG PUW

Wir wollten uns schon vor eiem jahr mit dem Bau von sendern befassen, als wir davon hörten, daß ihr ne Bau anleitung rausbringt. das ist inzwischen lange her und das Problem wird langsam drängend. kommt noch was von euch oder müssen wir uns selber in die elektronik einarbeiten!!!!????BITTE MELDEN!BITTE MELDEN!!OK

Wer ne 2-Zimmerwohnung für uns weiß soll doch mal anrufen Petra 323 65 16 oder Doro 782 60 45 Es winkt ein gutes Essen und ein Info Abo.

Petra! nicht verzagen, weiterfragen...

ACHTUNG: Uli+Anja aus der O. Schade, daß Ihr nirgendwo zu sehen seid! Ich trau mich auch nicht vorbeizukommen?! Ilse

Ich möchte alle Lieben in der LH grüßen. Wiederstand gegen die [illegible]

Wir, w 26 u. m 24 suchen dringend 2 Zimmer in WG. Da eine von uns gehbehindert ist, ist nur Paterre, 1.Stock oder Haus mit Aufzug möglich. Susanne 721 40 02, Winnie 691 [illegible] 10

An alle Wohnkollektive: Diebe gehen um, wir warnen euch davor haltet alles unterbeschluß. es ist kein spaß. Ihr bekommt noch Bescheid!

Suche großes Regal, wenn möglich umsonst. OLAF im R-H. melden.

Die Rosi (23) und Leslie 1 1/2 suchen eine liebe WG mit Kindern 6147433 Rosi

WIR SUCHEN NOCH 2 LIEBE LEUTE FÜR UNSERE WG, AUßERDEM EINEN INTAKTEN, GROSSEN, BILLIGEN ÖLOFEN. KENNT JEMAND NE BILLIGE, GUTE KFZ-(GENOSSEN)-WERKSTATT? ALLES WEITERE TEL. 6925546

Marion ich gehe bald ins Spectrum! gez. Ursel

Ganz liebe Grüsse an L+G+F Seid nicht so neidisch!

Wer fährt am 15. Okt. nach München und kann drei Leute mitnehmen Tel. 249983

FRAUEN-WG SUCHT LIEBE FRAU, AUßERDEM NE BILLIGE WASCHMASCHINE. TEL. 6125153

Anita (27 J.), Kai (9 Mon.) und Charlotte (zukünftiger Hund) suchen Mensch(en) mit Kind(ern) 4 Zimmer wohnung am Kottbusser Damm vorhanden!

ZU KALKAR!!

In Helmstedt wurde mir so einiges von meinen Sachen einfach abgenommen dafür gab es dann ein Papier mit einer Begründung.

" Es ist anzunehmen, daß der Betroffene zu der Demonstration gegen das KKW Kalkar in Kalkar fahren will. Die o.a. Sachen sind zur Gewaltanwendung Geeignete Gegenstände, für deren Mitführen kein Vernünftiger Grund vorliegt. Es besteht die Gefahr, daß sie bei der Demonstration rechtswidrig benutzt werden."

Mit dieser Begründung wurden dann alle nur erdenklichen Gegenstände die zu einem Auto gehören und noch vieles mehr Beschlagnahmt. Schutzbrillen, Wäscheleinen, Motorradhelme, Halstücher, Sicherheitsnadeln, Strickzeug, Zitronensaft, Borsalben, Regensachen, Benzinkanister und noch einiges mehr.

Zuständig dafür sollen die Paragraphen §28Abs.1 Nr1 BGSG/ § 28Abs. 1 Nr. 2a, b, c, BGSG sein.

Im Wedding (U-Bahn Osloer Str.) ist ab 1.1o. für mindestens 3 Monate (wahrscheinlich aber überhaupt) eine 1-Zi.-Wohnung (m.Küche) frei Miete etwas über 50DM. Tel. 2615639 abends

Tauschen 12 Zimmerwohnung mit Bad, Heizung, Fahrstuhl, 450 qm, Miete 1280,- DM warm gegen 4-8 Zimmerwohnung Tel. 2514953

Suche 1-2 Zi.Whg. in Kreuzberg. 6928955

Wir suchen Kinder, Frauen und Männer, die mit uns nach Italien aufs Land ziehen (Toscana) und Ideen zur Selbst-Reproduktion einer Landkommune verwirklichen wollen. Elisabeth 0611-928534 Jürgen 0611-558419

Aha Aha

Rauch-Haus braucht sucht Fernseher umsonst!

Wir wünschen der K.36 Red. viel Glück, ihr werdet immer besser!

Wer kann mir von Bert Brechts Gesammelten Werken den Band 14 (Flüchtlingsgespräche) verkaufen. Ich hab meinen verloren, und da ich Bücher-Freak bin, stört mich die Lücke in den Bänden Tel 2517819

Hallo Armin schöne Grüße

Auf daß die Backe dünner wird? Der Ver...

Wer den Sumpf noch nicht kennt, oder nicht weiß, wie schön er ist, soll mal in das Sumpfgebiet nach [illegible]